Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe; Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 19. Juli 1947 - 47. Jahrgang - Nr. 29

Die Lebenshaltung der unselbständig Erwerbenden im Spiegel der Haushaltungsrechnungen

Das wichtigste Hilfsmittel zur Erforschung des Lebensstandards bestimmter Bevölkerungsschichten bilden bis heute zuverlässig geführte Haushaltungsrechnungen. Die ersten umfassenden Erhebungen in der Schweiz wurden Anno 1912 vom Schweizerischen Arbeitersekretariat in Verbindung mit mehreren regionalen statistischen Aemtern durchgeführt. Später — in den Jahren 1919 bis 1922, 1936/37 bzw. 1937/38 und 1943 bis heute — befassten sich kantonale und kommunale statistische Aemter sowie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit damit.

Ausser zur Ermittlung der Lebenshaltung schlechthin dienen die Haushaltungsrechnungen zusammen mit der Preisstatistik bekanntlich auch als Basis für die Berechnung des Lebenskostenindexes, der die Veränderung der Kosten eines bestimmten und gleichbleibenden Verbrauchs, des sogenannten Zwangsbedarfes, angibt und für die Lohnpolitik von grosser Bedeutung ist. Zudem darf in ihnen — namentlich vom Standpunkt des Handels aus — nicht zuletzt ein geeignetes *Mittel der Marktanalyse* erblickt werden.

Wie schon der Name zum Ausdruck bringt, betreffen die Haushaltungsrechnungen die Einnahmen und Ausgaben von Haushaltungen, das heisst im vorliegenden Fall von schweizerischen Arbeiter- und Angestelltenfamilien mit einem, zwei, drei und mehr Kindern. Da aber die vereinnahmten Beträge, die neben dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes auch den Verdienst anderer Haushaltungsmitglieder sowie Bezüge aus Versicherungen, Unterstützungen und Rückvergütungen u. a. m. umfassen, in der Regel wieder ausgegeben werden, unterziehen wir im folgenden ausschliesslich die Ausgabengestaltung von Familien unselbständig Erwerbender einer nähern Betrachtung.

Das Ausgabenbudget im allgemeinen

In der modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft hängen Wohl und Wehe der verschiedenen Bevölkerungsschichten sehr stark von der jeweiligen *Konjunkturlage* ab. Dies gilt ganz besonders für das grosse Heer der unselbständig Erwerbenden. Man darf daher zum vornherein vermuten, dass ihre Lebenshaltung in den vergangenen 3½ Jahrzehnten beträchtlichen Schwankungen unterworfen war. Tatsächlich wird diese Vermutung durch die von verschiedenen Amtsstellen publizierten Ergebnisse der erhobenen Haushaltungsrechnungen zahlenmässig belegt. Da jedoch das BIGA, das jeweils die Resultate der einzelnen Regionen der Schweiz zusammenfasst, über das Jahr 1946 noch nichts verlauten liess, seien die vom Statistischen Amt der Stadt Zürich veröffentlichten Zahlen betreffend die Lebenshaltung von Zürcher Arbeiterfamilien von 1912 bis 1946 angeführt. Die bei den verschiedenen Erhebungen berücksichtigten Haushaltungen weisen einigermassen ähnliche Einkommensverhältnisse und eine nicht sehr stark variierende personelle Zusammensetzung auf, so dass ein zeitlicher Vergleich angestellt werden darf.

Ausgabengestaltung von Zürcher Arbeiterfamilien (1912 bis 1946)

	1912	1919	1922	1936/37	1943	1946
Zahl der Haushaltungen	54	41	38	122	82	105
Kopfzahl je Haushaltung	3.83	4.07	4.45	3.50	3.79	3.95
Nominaleinnahmen je Haushaltung in Franken	2725	5345	5564	4684	5739	7504
Nominalausgaben je Haushaltung in Franken						
Zwangs- oder Existenzausgaben:						
Nahrungs- und Genussmittel	1201	2552	2299	1639	2414	2827
Bekleidung	247	566	630	423	467	767
Heizung und Beleuchtung	110	340	335	250	304	361
Reinigung	43	118	83	62	94	127
Miete	512	625	739	1061	1031	1130
Zusammen	2113	4201	4086	3435	4310	5212
Wahl- oder Kulturausgaben	546	820	1239	1260	1273	2011
Steuern und Gebühren	40	92	179	104	128	191
Beitrag an Lohnausgleich	—	—	—	—	86	129
Zusammen	2699	5113	5504	4799	5797	7543
Nominalausgaben je Haushaltung in Prozent						
Zwangs- oder Existenzausgaben:						
Nahrungs- und Genussmittel	44.5	50.0	41.8	34.2	41.6	37.5
Bekleidung	9.2	11.1	11.4	8.8	8.1	10.2
Heizung und Beleuchtung	4.1	6.6	6.1	5.2	5.2	4.8
Reinigung	1.6	2.3	1.5	1.3	1.6	1.7
Miete	19.0	12.2	13.4	22.1	17.1	15.0
Zusammen	78.4	82.2	74.2	71.6	74.3	69.2
Wahl- oder Kulturausgaben	20.1	16.0	22.5	26.2	22.0	26.6
Steuern und Gebühren	1.5	1.8	3.3	2.2	2.2	2.5
Beitrag an Lohnausgleich	—	—	—	—	1.5	1.7
Zusammen	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

In der vorstehenden Uebersicht handelt es sich um *Nominalausgaben*, das heisst es kommt darin insbesondere auch die beträchtliche Geldentwertung von 1912 bis 1922 und während des zweiten Weltkrieges zum Ausdruck. Hieran ist namentlich zu denken, wenn die Entwicklung der absoluten Ausgaben, auf die wir noch zurückkommen werden, ins Auge gefasst wird.

Anschaulicher als die absoluten wirken aber die Verhältniszahlen, die wir etwas näher betrachten wollen. Hier fällt sofort die einander entgegengesetzte Entwicklung der sogenannten *Zwangs- oder Existenzausgaben* einerseits und der *Wahl- oder Kulturausgaben* anderseits auf.

Sowohl im ersten als auch im zweiten Weltkrieg wiesen die *Zwangsausgaben* der untersuchten zürcherischen Arbeiterhaushaltungen eine verhältnismässig ziemlich starke Steigerung auf, während für die Deckung des Wahlbedarfes entsprechend weniger Kaufkraft zur Verfügung stand. Im letzten Weltkrieg ging es der Zürcher Arbeiterschaft aber wohl hauptsächlich dank des Lohnausgleichs besser. Anno 1946 machten ihre Kulturausgaben bereits wieder 26,6% oder ungefähr gleichviel aus wie in den besten Vorkriegsjahren. Während der ganzen Beobachtungsperiode 1912 bis 1946 haben sie sich nach mehrfachen Unterbrechungen um gut einen Drittel erhöht. Der Lebensstandard — er ist um so besser, je weniger der Anteil der Existenzausgaben ins Gewicht fällt — der zürcherischen Arbeiterfamilien ist also in den letzten Dezennien ansehnlich gestiegen und wird voraussichtlich noch weiter steigen, sofern die Hochkonjunktur und damit der Einkommenszuwachs anhalten. Diese Entwicklung muss zur Hauptsache der vermehrten Produktivität der Wirtschaft sowie der Macht der gewerkschaftlichen Organisationen zugeschrieben werden.

Bei den einzelnen Untergruppen der Existenz- und Wahlausgaben hat sich das Anteilverhältnis ziemlich verschiedenartig verändert. Die wichtigste Gruppe des Zwangsbedarfes, die Nahrungs- und Genussmittelausgaben, belastete das Arbeiterhaushaltungsbudget 1946 nicht mehr so stark wie in den Jahren 1912, 1922 oder gar 1919, aber doch noch stärker als 1936/37. Auch für die Kleider, die von der Preishausse am meisten erfasst wurden, ist 1946 mehr ausgelegt worden als vor einem Jahrzehnt. Im Gegensatz zu den meisten übrigen Zwangsausgaben sind die Aufwendungen für die Miete in den beiden Weltkriegen gesunken (Mietpreiskontrolle!), in der Zwischenkriegszeit hingegen angeschwollen.

Hinsichtlich der *Wahlausgaben* war der Nachholbedarf an Wohnungseinrichtungen, wie Möbeln, Haus-, Küchen- und Kellergeräten, Wäsche, Vorhängen, Teppichen usw., nach den beiden Weltkriegen besonders gross. Für die Gesundheitspflege sowie für Bildung und Erholung wendeten unsere zürcherischen Arbeiterhaushaltungen Anno 1946 fast gleichviel auf wie 1936/37, jedoch erheblich mehr als 1912. Den grössten Prozentsatz der Wahlausgaben beanspruchen seit den dreissiger Jahren die Pensions-, Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall- und Lebensversicherungen; 1936/37 machten sie rund einen Drittel und 1946 gut einen Viertel derselben aus.

Aehnlich wie das Ausgabenbudget von zürcherischen Arbeiterfamilien sieht nach den Veröffentlichungen des BIGA auch dasjenige von *Arbeiterfamilien der übrigen Schweiz* aus. Die einzige grössere Abweichung ergibt sich beim Mietaufwand, der in der Stadt Zürich erheblich höher ist als im Landesdurchschnitt. Gestützt auf diese bedeutsame Feststellung, darf die skizzierte Entwicklung der Lebenshaltung von stadtzürcherischen Arbeiterfamilien, die wohl weitgehend für die ganze zürcherische Arbeiterschaft zutreffen wird, als einigermassen repräsentativ für die Veränderung des Lebensstandards der übrigen schweizerischen, namentlich städtischen Arbeiterhaushaltungen betrachtet werden. Vermutlich lagen allerdings die durchschnittlichen Zwangsausgaben aller schweizerischen Arbeiterfamilien jeweils etwas höher, denn die erhobenen Haushaltungsrechnungen stellten eine gewisse Auslese dar.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die Lebenshaltung der andern Gruppe unselbständig Erwerbender, der *Angestellten*, in den vergangenen 35 Jahren analoge Wandlungen erfahren. Bei ihnen nehmen die Wahlausgaben bekanntlich einen breiteren Raum ein als bei den Arbeitern, da sie durchschnittlich erheblich höhere Einkommen (bis und über 1/3) beziehen. So schwankten die Wahlausgaben der buchführenden Angestelltenfamilien zwischen rund 24 und 33%, während sich ihre Zwangsausgaben auf 62 bis 74% (bei den Arbeitern 70 bis 82%) der Gesamtausgaben bezifferten. Im übrigen lässt sich aus den Haushaltungsrechnungen entnehmen, dass die Angestellten im Verlaufe der verflossenen Jahrzehnte gegenüber den Arbeitern ein wenig ins Hintertreffen geraten sind, indem die Arbeiter relativ etwas mehr für den Kulturbedarf erübrigen konnten.

Ein Vergleich der einzelnen Ausgabengruppen der beiden Kategorien unselbständig Erwerbender zeigt, dass die Angestelltenschaft vor allem für Nahrungs- und Genussmittel verhältnismässig bedeutend weniger ausgibt als die Arbeiterschaft. Dagegen sind die Aufwendungen für Gesundheitspflege sowie für Bildung und Erholung bei den Arbeitern erheblich bescheidener.

Bis jetzt war immer nur von den Nominalausgaben der Arbeiter und Angestellten die Rede; das heisst wir interessierten uns lediglich für die Geldbeträge, die sie für die verschiedenen Konsumgüter und Dienstleistungen ausgaben, aber nicht für den realen Gegenwert, den sie dafür erhielten. Schaltet man nun die Veränderung des Geldwertes aus, indem man zum Beispiel die nominellen Zwangsausgaben durch die entsprechenden Gruppenindexziffern des Lebenskostenindexes (Basis 1912 bzw. 1914 = 100) dividiert und dann mit 100 multipliziert, so resultieren daraus die *Realausgaben* (ohne etwaige Qualitätsverschlechterungen, die im Lebenskostenindex nicht zum Ausdruck kommen) der unselbständig Erwerbenden. Diese sind heute höher als vor dem ersten Weltkrieg, was einer Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter- und Angestelltenschaft gleichkommt. Die Verbesserung des Lebensstandards offenbart sich also in zweifacher Weise: 1. in der Vermehrung der realen Zwangsausgaben; 2. in der schon früher festgestellten prozentualen Zunahme der Wahlausgaben. Die Entwicklung der Realausgaben unselbständig Erwerbender soll wiederum an Hand des Haushaltungsbudgets von Zürcher Arbeiterfamilien dargelegt werden.

Realausgaben von Zürcher Arbeiterfamilien je Haushaltung in Franken

(Beibehaltung des Preisniveaus von 1912)

	1912	1919	1922	1936/37	1943	1946
Nahrungs- und Genussmittel	1201	1095	1419	1360	1189	1390
Bekleidung	247	205	299	350	183	273
Heizung, Beleuchtung und Reinigung	153	192	225	275	250	279
Miete	512	521	486	530	531	568
Total Zwangsausgaben	2113	2013	2429	2515	2153	2510
Wahl- oder Kulturausgaben	546	380	733	923	618	940

Während die realen Zwangsausgaben vor 3½ Jahrzehnten 2113 Franken betrugen, erhöhten sie sich bis zum zweiten Weltkrieg bzw. bis 1946 auf rund 2500 Franken oder knapp um 1/5. Relativ am meisten, das heisst um mehr als 4/5, hat der Aufwand für Heizung und Beleuchtung sowie für die Reinigung von Kleidung und Wohnung zugenommen. Absolut betrachtet fällt die Steigerung der Nahrungs- und Genussmittelausgaben, auf die wir noch eingehender zu sprechen kommen werden, am stärksten ins Gewicht. Auffällig erscheint, dass die realen Aufwendungen für Kleider und Schuhe selbst im Konjunkturjahr 1946 mehr als um 1/5 geringer waren als in den Jahren 1936/37. Es ist hier also noch ein ansehnlicher latenter Bedarf vorhanden, der wohl befriedigt werden wird, sobald Textilien, Bekleidungsartikel und Schuhe wiederum zu erschwinglicheren Preisen erhältlich sind. Nebenbei sei noch erwähnt, dass die in der obigen Tabelle für 1919 und 1922 angeführten etwas hohen Zwangsausgaben zum Teil mit der für diese Jahre überdurchschnittlich hohen Kopfzahl von Zürcher Arbeiterfamilien zusammenhängen.

Wie aus wiederholten Untersuchungen des Statistischen Amtes der Stadt Zürich hervorgeht, haben sich die Preise der nicht im Lebenskostenindex enthaltenen Waren und Dienstleistungen ähnlich entwickelt wie jene der Indexartikel. Deshalb lassen sich die realen Kulturausgaben dadurch errechnen, dass man die nominellen durch den Lebenskostenindex dividiert und mit 100 multipliziert. Dies ist denn auch in der vorstehenden Uebersicht geschehen. Danach hat der reale Wahlaufwand der erfassten Zürcher Arbeiterfamilien von 1912 bis 1946 eine Steigerung um mehr als 70% erfahren.

Auf Grund unserer bisherigen Feststellungen wird man aus der Entwicklung der Realausgaben von Zürcher Arbeiterfamilien im grossen und ganzen auch auf die Veränderung der Realausgaben der übrigen Arbeiterhaushaltungen sowie der Angestelltenschaft schliessen dürfen.

Die Nahrungsmittelausgaben

Da die Nahrungsmittelausgaben den Löwenanteil des Haushaltungsbudgets der Arbeiter und Angestellten beanspruchen, lohnt es sich, besonders auch vom Standpunkt der Markt- und Absatzforschung aus, dieselben etwas näher zu analysieren.

Nominelle Nahrungsmittelausgaben von Zürcher Arbeiterfamilien je Haushaltung in Prozent

	1912	1919	1922	1936/37	1943	1946
Milch, Rahm	22,7	18,2	19,9	16,2	14,4	12,5
Butter	5,9	4,6	7,5	7,3	4,1	4,4
Käse	2,3	2,9	2,8	3,4	5,1	4,0
Eier	4,0	4,4	4,8	3,4	3,3	5,1
Tierische und gem. Fette	1,7	5,4	1,6	0,3	0,3	0,6
Fleisch einschliessl. Fisch	22,0	18,2	19,4	20,7	17,4	17,5
Brot	11,0	10,6	10,1	6,4	7,9	4,9
Feingebäck	2,8	3,5	2,6	3,9	4,7	6,5
Andere Getreideprodukte	4,3	5,6	4,9	3,9	4,7	5,4
Speiseöle, Pflanzenfett	1,4	1,4	1,4	3,3	2,7	3,5
Kartoffeln	2,0	2,3	2,0	2,3	3,9	2,8
Gemüse	3,6	3,5	4,2	7,1	7,2	6,3
Obst, Südfrüchte	4,8	6,5	7,4	9,4	10,2	11,3
Konfitüre, Honig, Kakao und Schokolade	1,6	3,6	2,9	2,7	4,6	5,9
Kaffee, Tee	2,0	1,9	1,9	1,8	2,1	1,7
Uebrige Nahrungsmittel	4,5	3,7	3,0	5,6	4,7	4,6
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass der Nahrungsmittelverbrauch und damit auch die Nahrungsmittelausgaben der Jahre 1919, 1943 und 1946 mehr oder weniger stark von der Rationierung beeinflusst waren. Sie dürfen infolgedessen nicht als normal bezeichnet werden.

Es empfiehlt sich daher, hauptsächlich die Nahrungsmittelausgaben von 1912 und 1936/37 miteinander zu vergleichen. In dieser Zeitspanne haben sich mehrfache Verschiebungen ergeben. Besonders stark sind die Ausgabenquoten für Milch und Rahm, tierische und gemischte Fette, Brot und Zucker zurückgegangen, während 1936 ausser für Butter und Käse auch für Feingebäck, Speiseöl und Pflanzenfett, Gemüse, Obst und Südfrüchte, Konfitüre, Honig, Kakao und Schokolade beträchtlich mehr verausgabt wurde als 1912. Diese Verlagerungen erklären sich entweder durch Preisänderungen oder durch eine Zu- oder Abnahme des mengenmässigen Verbrauchs. So ist zum Beispiel der Preis für inländische Eier gesunken, jener für Butter dagegen gestiegen. Die Ausgaben für Zucker haben sich trotz des vermehrten Zuckerkonsums verringert, da er 1936/37 bedeutend billiger zu stehen kam als vor einem Vierteljahrhundert.

Jährliche Verbrauchsmengen von Zürcher Arbeiterfamilien pro Kopf

Nahrungsmittel		1912	1919	1922	1936/37	1943	1946
Frische Milch	Liter	236,3	248,5	251,6	201,2	198,6	183,2
Butter	kg	4,5	3,2	6,3	6,2	3,1	3,4
Käse	kg	2,6	4,0	3,7	5,0	7,6	6,0
Eier	Stück	114	54	123	129	57	103
Tierische Fette	kg	2,5	4,9	2,9	0,5	0,4	—
Fleisch- und Wurstwaren	kg	—	17,6	24,8	26,5	18,5	18,5
Brot	kg	87,4	83,5	76,8	64,1	81,7	68,3
Andere Getreideprodukte	kg	19,4	26,1	21,8	22,4	18,2	24,3
Speiseöl	kg	—	1,4	2,4	3,1	1,4	—
Pflanzenfett	kg	—			4,2	3,1	4,5
Kartoffeln	kg	40,9	62,2	48,0	48,6	106,4	66,2
Frischgemüse	kg	—	—	—	45,2	50,9	42,0
Frisches Obst	kg	—	70,3	70,1	52,6	87,2	85,3
Dörrobst, Obstkonserven	kg	—			4,6	3,0	—
Frische Südfrüchte	kg	—	—	—	10,5	4,8	7,0
Konfitüren, Honig	kg	—	2,8	1,9	1,9	3,0	—
Zucker	kg	14,7	14,9	18,9	21,8	11,1	14,9
Kakao, Schokolade	kg	—	2,0	1,9	2,3	2,7	4,4
Kaffee, Tee	kg	—	2,0	2,7	2,5	2,4	—

Richtet man das Augenmerk wiederum in erster Linie auf die in den Jahren 1912 (bzw. 1919) und 1936/37 verbrauchten Mengen, so fällt namentlich der Rückgang des Milch-, Brot- und Obstkonsums auf. Die Abnahme des Milchverbrauchs lässt sich vorwiegend auf die gesunkene Kinderzahl zurückführen. Tierisches Fett ist fast gänzlich durch Speiseöl und Pflanzenfett ersetzt worden. Ferner hat der Verbrauch von Schweinefleisch und Wurstwaren zu- und jener von Rindfleisch abgenommen. Eine mehr oder weniger starke Steigerung weist auch der Konsum von Butter, Käse, Eiern, Zucker, Schokolade und Kakao auf. Bemerkenswerterweise wurde im Jahre 1946, das im Zeichen einer ziemlich starken Auflockerung der Verbrauchseinschränkungen stand, mehr Brot, andere Getreideprodukte, Kartoffeln, frisches Obst (reichliches Angebot!) sowie Kakao und Schokolade gegessen als in den Vorkriegsjahren 1936/37. Es ist jedoch anzunehmen, dass der Brot- und insbesondere der Kartoffelkonsum zurückgehen werde, sobald die Marktversorgung mit Milch, Butter, Eiern, Fleisch, Zucker und Südfrüchten wieder normal sein wird.

Im Vergleich zur übrigen Arbeiterschaft der Schweiz pflegten die Zürcher sowie die grosstädtischen Arbeiterfamilien überhaupt in den dreissiger Jahren etwas mehr für Butter und Südfrüchte, da-

gegen etwas weniger für Milch und Brot usw. auszugeben. Zwischen Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen liessen sich bzw. lassen sich ebenfalls einige Unterschiede im Nahrungsmittelverbrauch feststellen. So geben die Angestellten gewöhnlich verhältnismässig weniger für Milch, Käse, Brot, Kartoffeln, Rindfleisch, Wurstwaren und Pflanzenfett aus, während in ihrem Nahrungsbudget grössere Ausgabenanteile für Butter, Feingebäck, Kalbfleisch, Salate und andere Frischgemüse, Obst und Südfrüchte sowie Schokolade figurieren.

Wenn wir nun unsere Darlegungen kurz resümieren, so können wir festhalten, dass die *Lebenshaltung* der unselbständig Erwerbenden, die in ihren Haushaltungsrechnungen plastisch zum Ausdruck kommt, ausserordentlich *eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt*. So hat sie sich im Verlaufe der letzten dreieinhalb Dezennien trotz heftiger Rückschläge (in den beiden Weltkriegen) *erfreulich verbessert*. Dabei zeigte sich die Hebung des Lebensstandards sowohl in der prozentualen *Zunahme der Wahlausgaben* als auch in der *Steigerung der realen Zwangsausgaben*, indem die Arbeiter und Angestellten heute im allgemeinen besser essen, behaglicher wohnen und für die Bekleidung mehr auslegen als früher. Man sollte hoffen dürfen, dass diese Entwicklung zum Wohle des Landes weitergehen wird.

Dr. H.

Literatur:

Haushaltungsrechnungen von Familien unselbständig Erwerbender 1936/37 und 1937/38, Sonderheft 42 der «Volkswirtschaft», herausgegeben vom EVD. Bern 1942.

Laufende Veröffentlichungen über Haushaltungsrechnungen in der «Volkswirtschaft».

Zürcher Haushaltungsrechnungen 1936/37. Statistik der Stadt Zürich. Heft 47.

Zürcher Statist. Nachrichten. 3. und 4. Heft 1944. 1. Heft 1945.

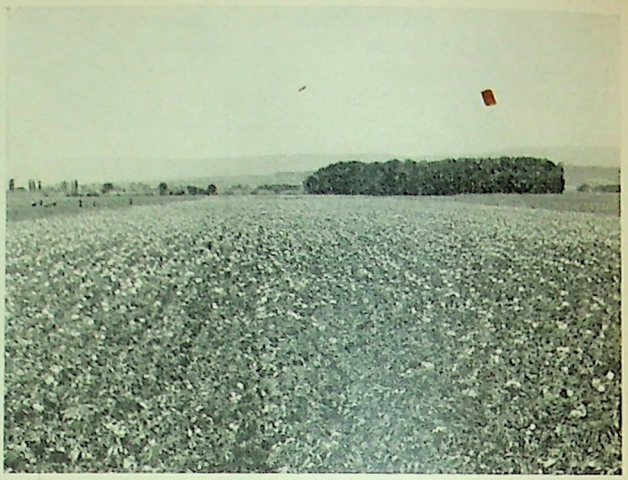
Quartals- und Jahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Zürich über die Lebenshaltung von Züricher Arbeiterfamilien.

Die SGG erhält Besuch

Die besondern Bodenverhältnisse veranlassten die SGG schon frühzeitig, dem Kartoffelbau und innerhalb desselben der *Saatkartoffelerzeugung* besondere Beachtung zu schenken. Im Laufe der Jahre wurde sie in diesem Betriebszweig sehr leistungsfähig. Zum Beispiel produzierte sie im Jahre 1945 440 Wagen zu 10 Tonnen feldbesichtigte und anerkannte Saatkartoffeln oder ein Fünftel der gesamtschweizerischen Produktion. Es ist deshalb naheliegend, dass die Vereinigung schweiz. Versuchs- und Vermittlungsstellen für Saatkartoffeln (VSVVS) auf ihrer Exkursion durch die Westschweiz auch den in Kerzers und der Orbeebene gelegenen SGG-Betrieben einen Besuch abstattete.

Die VSVVS, welcher auch der V. S. K. und die SGG als Mitglieder angehören, ist eine Organisation, die sich in Verbindung mit dem Schweizerischen Saatzuchtverband und den eidg. landw. Versuchsanstalten die ständige Verbesserung des schweizerischen Kartoffelbaues zum Ziele gesetzt hat. Ein grosses Verdienst kommt ihr in der Sortenbereinigung zu. Ihr ist es zu verdanken, dass heute in der Schweiz in der Hauptsache nur noch die Richtsortimentssorten, welche sich im Versuchsanbau vor ihrer definitiven Freigabe als für unsere Verhältnisse geeignet erwiesen haben, angebaut werden.

Schon vor mehreren Jahren hat die VSVVS der SGG auf Einladung der Verwaltung einen Besuch



Gut entwickeltes Kartoffelfeld in Blüte auf dem Betrieb der SGG Kerzers

abgestattet. Damals galt es einer gegen die SGG gerichteten Kritik die Spitze zu brechen. Schon damals konnten sich die Vertreter dieser Organisation davon überzeugen, dass die SGG bestrebt ist, auf dem Gebiet des Saatkartoffelbaues einwandfreie Arbeit zu leisten.

Anlässlich der nun kürzlich erfolgten Besichtigungsfahrt erhielt die VSVVS erneut Einblick in die Bestrebungen der SGG für die ständige Verbesserung des von ihr erzeugten Kartoffelsaatgutes. Bei einem Imbiss auf dem Betrieb Chavornay dankte Herr Direktor *Keller* für den Besuch und das für das Schaffen der SGG bezeugte Interesse. Er verwies auch auf die zur Zeit im Gange sich befindenden Versuche der SGG in der Produktion von Höhensaatgut und der Durchführung der Frühernte: beides Massnahmen, mit welchen man die Gesundheit der Kartoffelpflanze und damit den Pflanzwert des Saatgutes weiter zu verbessern sucht.

Herr *Schobinger*, Mitglied der Direktion des VOLG Winterthur und Präsident der VSVVS, gab seiner Genugtuung über den auf den SGG-Betrieben erhaltenen Einblick Ausdruck und gedachte in ehrenden Worten des ersten Leiters dieser Zweckgenossenschaft des V. S. K. und Pioniers in der Ueberführung von Oedland in Kulturland, des Herrn *Direktor Hans Keller sel.* Mit grosser Freude konnte er feststellen, dass in dessen Sohn, *Fritz Keller*, ein würdiger Nachfolger gefunden wurde, der, wie man sich selber davon überzeugen konnte, das grosse Werk gut leitet und weiter ausbaut.

Die Mitglieder der VSVVS bei der Besichtigung des Saatprobenanbaues der SGG in Kerzers

Herr *Bolens*, Direktor der Eidg. Versuchsanstalt Montcalme, Lausanne, verwies auf die gute Zusammenarbeit der Versuchsanstalt mit der SGG. Wissenschaft und Praxis haben hier die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen zum eigenen Nutzen und zu demjenigen der übrigen Landwirtschaft.

Herr *Bruderer*, Sekretär der Verwaltung der SGG, dankte im Namen derselben für die der SGG durch den Besuch der VSVVS zuteil gewordenen Ehre und auch für das anerkennende Urteil der Fachleute. Er fühlte sich verpflichtet, vom Standpunkt des Konsumenten der VSVVS, eingeschlossen die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten, und dem Schweiz. Saatzuchtverband den besten Dank abzustatten für ihre für das Gelingen des Anbauwerkes ausschlaggebenden Vorarbeiten auf dem Gebiete des Pflanzenbaues. Ohne diese jahrzehntelangen Bestrebungen zur Verbesserung und Bereinigung unserer Getreide- und Kartoffelsorten wären wir während des letzten Weltkrieges kaum vor Hunger bewahrt geblieben.

Die ganze Exkursion von Bern bis Lausanne, vor allem aber die Fahrt durch die fruchtbaren Gebiete der Orbeebene, wo früher Oedland war, zeigte, dass hier ein grosser Beitrag an die inländische Nahrungsmittelversorgung geleistet wird und dass die SGG daran nicht unwesentlichen Anteil hat. F. B

THURGAUISCHE KONSUMVEREINE

Aadorf, Amriswil, Arbon, Berlingen, Bischofszell, Ermatingen, Frauenfeld, Kradolf, Kreuzlingen, Oberhofen-Münchwilen, Romanshorn, Sirnach, Steckborn, Weinfelden

Auch im Kanton Thurgau herrscht der Zug zueinander und miteinander. Das zeigt obiger Titel, der für die gemeinsame Ausgabe des «Gen. Volksblattes» zum Internationalen Genossenschaftstag gewählt wurde. Wie es eingangs auf der den genannten Vereinen reservierten Seite heisst, soll eine solche gemeinsame «GV»-Ausgabe von Zeit zu Zeit wiederholt werden. Auf diese Weise schliesst sich der Verband der thurgauischen Konsumvereine den gleichgerichteten Bestrebungen in den Kantonen Glarus und Aargau sowie im St. Galler Oberland an. Wenn es sich auch erst um Anfänge handelt, so wollen wir diese Fortschritte doch sehr beachten. Sie enthalten

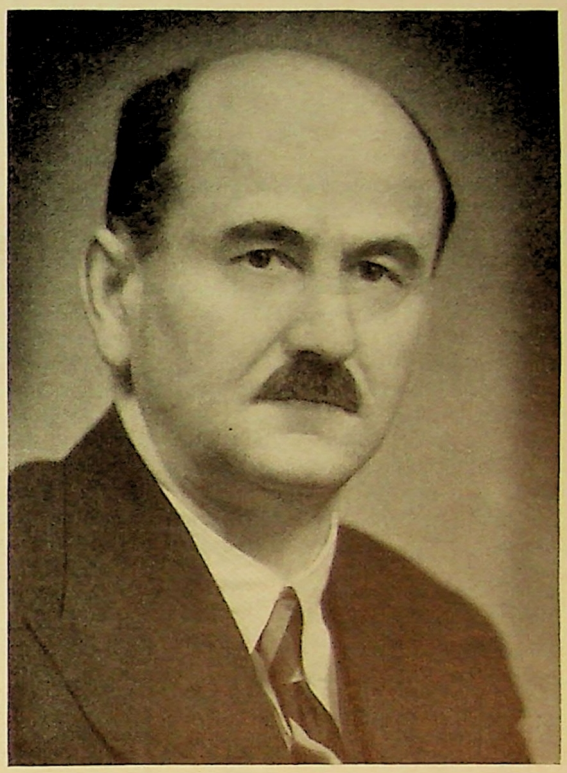
den Schlüssel zu einer neuen Entwicklung,

die unsere Bewegung kühn und initiativ in Angriff nehmen muss, wenn sie sich nicht von den Verhältnissen treiben lassen will. Je mehr diese Arbeitsgemeinschaften sich aufeinander ausrichten, gewisse Aktionen gemeinsam unternehmen, um so erfreulicher auch das Resultat. Anderseits steht es ihnen frei, der eigenen Initiative in der Ausnützung der Möglichkeiten zu stets intensiverer Zusammenarbeit freien Spielraum zu lassen und so die anderen Gruppen begeisternd zu gleichem Vorgehen zu gewinnen.

Die genossenschaftliche Propaganda und die genossenschaftliche Verkaufspolitik erhalten auf diese Weise neue Impulse, für die wir in dieser stets höhere Anforderungen an unsere Leistungsfähigkeit stellenden Zeit besonders dankbar sein wollen. Zusammen mit dem *zentralen Einkauf beim V. S. K.*, der nach wie vor jedem einzelnen Verein mit seiner ganzen Einkaufskapazität zur Verfügung steht, wird so der genossenschaftliche Fortschritt auf einem gesunden, zeitgemässen Boden weiterentwickelt.

Rücktritt von Johannes Huber aus dem Nationalrat

Auf Ende der laufenden Legislaturperiode tritt Herr Johannes Huber, Präsident des Verwaltungsrates des V. S. K., als Mitglied des Nationalrates zurück. Mit ihm verlässt einer der Aktivsten unser Parlament. Seine Voten, Interventionen aller Art, seine Mitarbeit in den Kommissionen hatten besonderes



Gewicht und sicherten ihm Anerkennung und Hochachtung in allen Parteien. Ausdruck dieser Wertschätzung war die Betrauung nicht nur mit dem Nationalratspräsidium im Jahre 1933/34, sondern auch mit dem Präsidium der Vollmachtenkommission, was für ihn die Uebernahme bedeutsamer Funktionen als «achter Bundesrat» mit sich brachte. Nicht nur die Sozialdemokratische Partei, das ganze Land hatte in Johannes Huber einen weisen Berater, einen um das Ganze verantwortlichen Betreuer wichtigster staatspolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben.

Besonders ungern sieht die Genossenschaftsbewegung Herrn Johannes Huber aus dem Nationalrat scheiden. Gehörte er doch zu den wägsten Freunden unserer Sache. Seit dem Jahre 1919, dem Beginn seiner Tätigkeit im Nationalrat, kamen der Genossenschaftsbewegung bei ungezählten Gelegenheiten die Ueberzeugungskraft, die Begeisterung und Entschiedenheit ihres Freundes zugute. Sie dankt ihm auch jetzt wieder für seine wertvolle Mitarbeit. Sie wird ihn nun im engeren Kreise in noch vermehrtem Masse zu ihrem Mitstreiter zählen dürfen. Die besten Wünsche begleiten Herrn Johannes Huber in sein weiteres Wirken.

Ein Querschnitt durch den A C V

So hatte der ACV beider Basel seine aus Anlass des Internationalen Genossenschaftstages 1947 in der Mustermesse geschaffene Ausstellung betitelt. Eine Ausstellung genossenschaftlicher Leistungen, eine Art Höhenstrasse genossenschaftlicher Arbeit.

Die Ausstellung, bei der dekorationstechnisch neue Wege beschritten wurden — alles war aufgelockert und leicht dargestellt — wies nicht zurück in die Vergangenheit; sie befasste sich mit der Jetztzeit, sie zeigte, was der ACV beider Basel heute ist, was er heute seinen 67 000 Familien und Einzelmitgliedern bietet.

An der kleinen Eröffnungsfeier konnte der Präsident der ACV-Direk-

tion, Herr *E. Herzog*, die *Mitglieder der Genossenschaftsbehörden*, die *Personalvertreter*, die *Prokuristen und Adjunkten des ACV* und eine Vertretung des *Konsumgenossenschaftlichen Frauenvereins beider Basel* begrüssen. Ganz besondere Worte der Begrüssung richtete er an den Basler Regierungspräsidenten, Herrn *G. Wenk*, an den Präsidenten der V. S. K.-Direktion, Herrn *Dr. M. Weber*, an den Mustermessedirektor, Herrn *Prof. Dr. Brogle*, und an den Basler Verkehrsdirektor, Herrn *K. Hägler*, sowie an die Pressevertreter.

Verwaltungsratspräsident Herr A. Sieber hielt vor den rund 250 Geladenen eine kurze Gedenkrede zum *Internationalen Genossenschaftstag 1947*. Wie der Internationale Genossenschaftsbund, so entsprang auch diese Kundgebung genossenschaftlicher Solidarität dem ehrlichen Willen von Männern und Frauen aus verschiedenen Ländern, dem friedlichen Fortschritt zu dienen und die Wohlfahrt der Menschheit zu fördern. Die internationale genossenschaftliche *Weltorganisation*, vor allem der Verbraucher, in der alle Schichten der Bevölkerung sich heimisch fühlen und die keine Beschränkung der Farbe, Rasse oder des Glaubens kennt, ist eigentlich die genossenschaftliche UNO.

Zwei Kriege innerhalb drei Jahrzehnten liegen hinter uns, die zu den wildesten und unsinnigsten an Grausamkeit, Hass und Vernichtung gehören. Es gereicht deshalb zum Nutzen aller Völker, dass der IGB immer und immer wieder für die grossen, vitalen Interessen der Menschheit und Zivilisation einsteht und an die vielen Millionen Genossenschafter aller Länder zur aktiven Mithilfe appelliert. — Nicht nur der Krieg, sondern auch die Furcht vor neuen Kriegen hemmt die genossenschaftliche Entwicklung, weil die Regierungen zu einer Wirtschaftspolitik gezwungen werden, die an sich schon Verschwendung bedeutet und den Willen zu nützlicher Dienstleistung an der Gemeinschaft lähmt. Der Kampf gegen die Macht der hochentwickelten Trusts und Kartelle und ihre Monopolstellung auf gewissen Gebieten wird nur in dem Masse von Erfolg begleitet sein, als es gelingt,

die bisher bloss sporadischen Handelsbeziehungen systematisch auszubauen,

sei es durch Schaffung internationaler Spezial- oder Exportgenossenschaften,

sei es durch Förderung des zwischengenossenschaftlichen Handels unter den bereits bestehenden nationalen Produktions- und Grosseinkaufs-Genossenschaften.

Wir werden im Wettbewerb bestehen, wenn die organisierten Erzeuger und Verbraucher, die eine gemeinsame Ideologie eint, unter Benützung moderner Geschäftsmethoden und der Anwendung des genossenschaftlichen Wirtschaftssystems, Hand in Hand gehen. Der Internationale Genossenschaftstag spricht nicht nur zu den Völkern, sondern auch zu jedem einzelnen. Nur wenn im kleinen der richtige Geist herrscht, können die nationalen und internationalen Vereinigungen ihre Aufgaben richtig erfüllen.

Der Vorteil des Genossenschaftswesens liegt ja — ausser beim besonderen Wirtschaftssystem — vor allem in seinem Appell an das Gewissen und die Würde des Menschen.

Eine unter den vielen Aufgaben des Genossenschaftswesens darf wohl in der Erziehung der Genossenschafter zu Weltbürgern erblickt werden. Heute wie je zuvor muss es Sache der genossenschaftlichen Organisation sein, im Zusammenwirken mit dem IGB, den Millionen der Bewegung noch fernstehenden Menschen, insbesondere den denkenden Elementen der jüngeren Generation genossenschaftliches Ideengut zu vermitteln, um sie für die Erfüllung der grossen Aufgabe der sozialen Zukunftsgestaltung zu begeistern.

Herr A. Sieber schloss seine Ausführungen mit den Worten:

Zuversichtlich hoffen wir, dass die da und dort erst glimmende Fackel wiedererwachender genossenschaftlicher Brüderlichkeit zu heller Flamme entfacht werden kann und leuchten möge über Freiheit, Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und dauerhaftem Frieden.

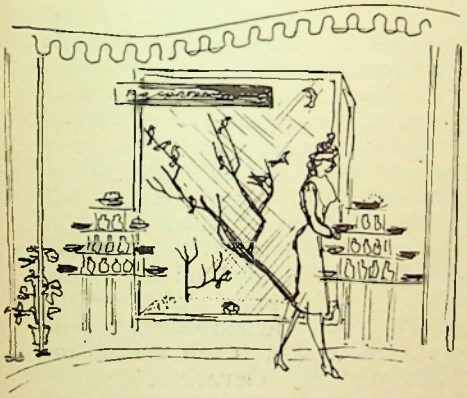
Regierungspräsident Herr G. Wenk gab seiner Freude über die wirklich gut gelungene Ausstellung Ausdruck. Er ermahnte aber zum Nachdenken. Unser kleines Land bedeutet im Weltgeschehen nicht allzuviel, aber wir dürfen uns

auch nicht unterschätzen. Ist nun aber der Genossenschaftsgedanke bei uns so verankert, wie er sein sollte? Wir müssen noch grosse Arbeit leisten, bis wir diese Frage mit ja beantworten dürfen, bis bei uns die Ueberzeugung vorhanden ist, dass einer dem andern helfe, dass einer auf den anderen Rücksicht nehmen soll. Herr Regierungspräsident G. Wenk stellte fest, dass es

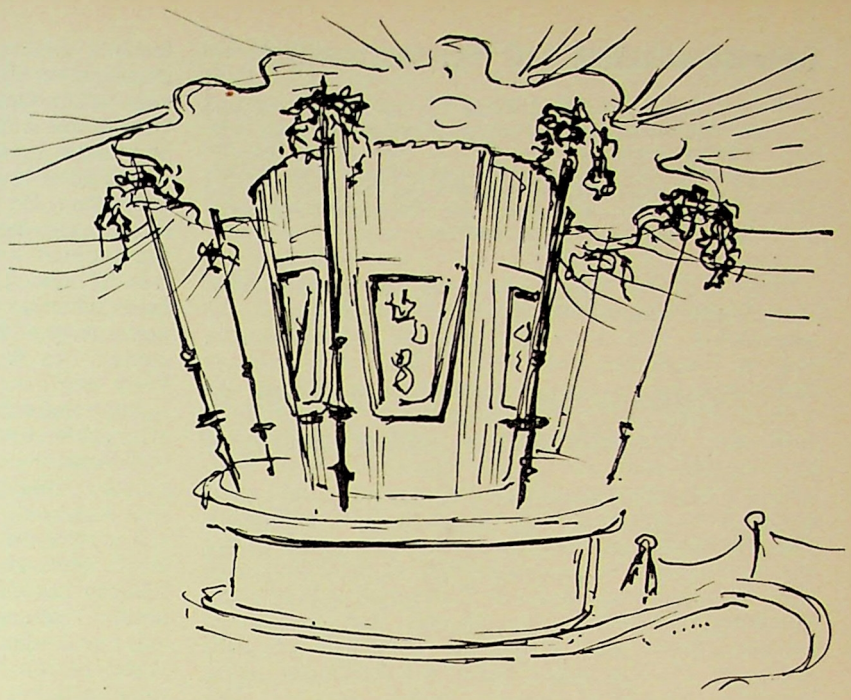
ohne die genossenschaftlichen Organisationen unmöglich gewesen wäre, während der Mangelzeit die Bevölkerung unseres Landes so zu versorgen, wie es der Fall war. Für die Landesverteidigung ist es deshalb notwendig, die Genossenschaften noch weiter auszubauen. Der ACV beider Basel hat wesentlich den Lebensstandard der Bevölkerung seines Wirtschaftsgebietes bestimmt.

Anlässlich der Eröffnungsfeier wurden von einem Streichquartett einige schöne Musikstücke dargeboten, und das Sennenchörli des Milchgeschäftes ACV verschönte den Anlass mit einigen Liedern.

Die Ausstellung, die am vergangenen Sonntag zu Ende ging, fiel durch ihre gediegene Aufmachung wohltuend auf. Sie begann mit dem Stand des *Warengeschäftes*, das *CO-OP Produkte* ausstellte und gleichzeitig einen Gratisausschank der Kaffeemarke ACV vornahm. Die *Schlächterei* und *Bäckerei* zeigten ihre Waren und Eigenprodukte in höchst ansprechender Weise. Von der Gelegenheit, sich dort etwas von den guten Dingen zu kaufen, wurde stark Gebrauch gemacht. — Dann kam das



Milchgeschäft mit seinem blitzsauberen Stand, und vom Stand des *Obstgeschäftes* mochte man schon gar nicht mehr weggehen, so hübsch und appetitlich waren die schönen Früchte ausgestellt. Das *Weingeschäft* zeigte die reiche Karte aus seinem Keller und bot gleichzeitig auch ein Gratisgläschen der neuen «Himba-Limonade» an, ein Eigenprodukt des ihm angeschlossenen Mineralwassergeschäftes. Der Stand

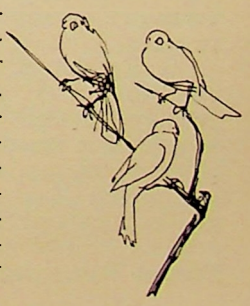


«Garten und Landwirtschaft» der Abteilung Oberwil wirkte mit seiner von vielen gefiederten Sängern bevölkerten Voliere sehr gut. Sogar das *Brennmaterialgeschäft* hatte seine Kohlen und sein Holz leicht und sauber ausgestellt. Grosse Beachtung fanden die Ausstellungen des *Schuhgeschäftes*, des *Kaufhauses Cardinal*, des *Manufakturwarengeschäftes* und des für unsere Hausfrauen so wichtigen *Haushaltungsartikelgeschäftes*. Während der *Modeschau*-Vorführungen war das alkoholfreie *ACV-Ausstellungs-Restaurant* immer dicht besetzt. Die zwei neuen Motorwagen — ein Milch-Hausspeditionsauto und ein Lieferungswagen der Abteilung *Fuhrwesen* — die blitzblank im Haupteingang standen, wurden allgemein bewundert. Es braucht einen grossen Wagenpark, um 250 Läden tagtäglich mit Waren zu beliefern. Bald werden die beiden Autos nicht mehr so nagelneu aussehen, aber dafür stehen sie dann im Dienste der Konsumenten.

Gesamturteil. Eine sehr gut gelungene, schöne Ausstellung, die so richtig zeigt, was der ACV ist und was er seinen Mitgliedern bietet. Man darf allen, die an ihr mitgearbeitet haben, vor allem dem Chefdekorateur, Herrn *J. Hoffmann* (Gestaltung) und Herrn *E. Herzig* von der Abteilung Propaganda (Organisation) gratulieren. pa.

*

— Soweit die Ausstellung, die sich fast ausschliesslich darauf beschränkte, der Bevölkerung von Basel und Umgebung zu zeigen, was die verschiedenen Abteilungen des ACV beider Basel leisten können. Zweifellos sind die vielen Tausende — es waren an die 20 000 Personen —, die in der Zeit vom 6. bis 13. Juli durch die vorbildlich arrangierte, von einer leichtbeschwingten Atmosphäre durchwehte Ausstellung gezogen und zum Teil den dank einer geschickten Conférence noch besonders unterhaltenden Modevorführungen gefolgt sind, mit grosser Befriedigung wieder nach Hause gegangen. Sie erinnern sich dabei hoffentlich auch noch der Weltkugel und des diese umspannenden Bandes und der gleichzeitig gezeigten Erfolge der Zusammenarbeit von Stadt und Land. Was uns jedoch noch besonders zu einer Ergänzung des obigen Berichtes veranlasst, ist das Bedürfnis, auf die *intensive Propaganda für die Ausstellung selbst* hinzuweisen. Schon Wochen vor der Eröffnung kündete ein grosses farbiges Plakat aus den Schaufenstern der ACV-Läden von der kommenden Veranstaltung. Und als diese begann und auch im Verlaufe derselben erschienen zahlreiche Inserate in der Genossenschafts- und Tagespresse, die immer wieder zum Besuch aufforderten. Wer sich zu einem solchen nicht einfinden konnte, erfuhr immerhin aus der Presse, im Inseratenteil und auf Grund der Berichte der Pressevertreter im Textteil von der Ausstellung und der Aktivität des ACV. Mit solcher wohlüberlegten Konzentration der Werbemittel auf ein bestimmtes Ziel werden Erfolge begründet. r



Genossenschaften und Wirtschaftsartikel

Vorliegender Artikel wurde vor der Abstimmung vom 6. Juli unter dem Eindruck der Stellungnahme der Delegiertenversammlung des V. S. K. vom 21./22. Juni geschrieben. Er will als Meinungsäusserung eines Juristen, Staatsbürgers und Genossenschafters aufgefasst sein und erscheint hier mit leichten Abänderungen, die dem gefallenen Volksentscheid entsprechen.

Das Volk hat gesprochen, die Wirtschaftsartikel sind angenommen, und zwar mit einer Mehrheit, die angesichts der vorausgegangenen Abstimmungen vom 8. Dezember 1946 und 18. Mai 1947 durchaus beachtlich ist. — Die Delegiertenversammlung des V. S. K. vom 21./22. Juni hatte zur Frage der Revision der Wirtschaftsartikel Stellung genommen, bzw. beschlossen, im Grunde genommen keine Stellung zu beziehen, sondern zu protestieren, und zwar gegen Vergangenes oder vielleicht Bevorstehendes. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit, dass auf Grund der neuen Verfassungsbestimmungen ein Filialverbot zum Schutze von in ihren Existenzgrundlagen gefährdeten Wirtschaftszweigen oder Berufen erlassen werden könnte, dass ferner auf Grund von Art. 31bis auch der Befähigungsausweis zur Eröffnung neuer Betriebe eingeführt werden könnte, war der Beschluss auf Stimmfreigabe begreiflich, und es wurde vielen, die es noch nicht wussten, klar, wie schwer unsere Genossenschaften getroffen wurden, als sie dem Filialverbot unterworfen wurden, wie gefährlich sie bedroht wurden, als es um die Einführung des Befähigungsausweises ging. Nicht in ihrem Lebenswillen waren sie allerdings getroffen, aber viele, denen an einer verfassungsmässigen Neuordnung der Wirtschaft lag, mussten ihre frühere Gleichgültigkeit gegenüber den Lebensrechten der Genossenschaft bereuen.

Die Stellungnahme der Genossenschaften ist durch die Vergangenheit und durch die Furcht vor der Zukunft vorgezeichnet worden. Nur die Tatsache, dass bei der Abstimmung vom 5./6. Juli wichtige Interessen der Bauern und Arbeiter auf dem Spiele standen, verhinderte wohl eine offene Ablehnung. Ihre grundsätzliche und über den Tag hinausweisende Bedeutung offenbarte die Entscheidung aber darin, dass nicht einmal der Vorbehalt des Gesetzes für die oben erwähnten Massnahmen, d. h. die Notwendigkeit, diese Einschränkungen auf dem Wege der Gesetzgebung zu erlassen, dass ferner nicht einmal der Genossenschaftsartikel, nämlich Absatz 5 von Art. 31bis, der die freie Entwicklung der auf gegenseitiger Hilfe beruhenden Organisationen gewährleistet, die Bedenken der Delegierten zu zerstreuen vermochte. Die Verfassung wirkte bis anhin nicht als Schranke — also wird sie es auch in Zukunft nicht tun — das war in Wirklichkeit die Meinung unserer Delegierten. Andererseits war es interessant, dass eine starke Minderheit des Gewerbeverbandes umgekehrt befürchtet, der Genossenschaftsartikel könnte angewendet werden! Sie schienen damit grösseres Vertrauen gegenüber unseren Behörden an den Tag zu legen.

Die Resolution der Delegiertenversammlung war von Misstrauen diktiert. In ihr kommt eine ungeheuer tragische Entwicklung für unser Volk zum sprechenden Ausdruck. Wir sind ja auch nicht die einzigen, die an verfassungsrechtliche Bestimmungen diesen Masstab anlegen. Wenn unsere sozialpolitisch aufgeschlossenen Kreise den Wirtschaftsartikeln wegen ihres sozialen Gehaltes, wenn die Bauern ihnen wegen ihrer agrarpolitischen Grundtendenz zustimmten, wenn einsichtige Liberale den gemässigten liberalen oder interventionistischen (wie man will!) Gehalt lobten, und wenn aus demselben Grunde die Anhänger einer aktiven Konjunkturpolitik und einer Krisenverhütung den Wirtschaftsartikeln beipflichten konnten, so stehen sie prinzipiell auf demselben Boden, nur antworten sie eben auf die Frage «Cui bono?» mit einem mehr oder weniger überzeugten «mihi bono»! Was gibt mir die Verfassung? So fragt jeder, und er wird wohl deshalb bei bejahender Antwort die verpflichtende Kraft der neuen Artikel doppelt anerkennen, während die Delegierten des V. S. K. demgegenüber überhaupt den Wert verfassungsrechtlicher Bestimmungen angesichts zunehmender feindlicher Stimmen weitgehend anzweifeln, und darin sind sie sicher ehrlicher als viele andere. — Aber gerade darin kommt eine ungeheuer tragische und verhängnisvolle Entwicklung zum Ausdruck.

Als 1789 die Sonne der Freiheit und Gleichheit in einem blutigen Morgenrot über den unterdrückten Völkern Europas aufging, richtete man zur Feier der neuen Verfassungen Freiheitsbäume auf — nicht nur, weil die Verfassungen Nützliches brachten. Wenn es auf das Nützliche angekommen wäre, so wäre mancher sehr rasch enttäuscht worden. Nein, man feierte die Erringung der Menschenrechte, die Erringung der Rechtsgleichheit, des Rechtes der freien Rede und der freien Schrift, der freien Meinungsäusserung, die Erringung des freien Eigentums, das frei von willkürlichem Eingriff bestehen sollte, mit einem Wort, das Recht, Mensch zu sein und als Mensch zu leben und frei arbeiten zu dürfen, und dieses neu erworbene Recht wurde beinahe zu einem religiösen Glauben, der beste Traditionen des christlichen Glaubens zu verwirklichen schien. Ohne Verfassung keine Grenze für die Gewalt, die den einzelnen bedroht. So gross war der Glaube, dass die Verfassung, in der diese Freiheiten verkörpert waren, auf alle in ihr enthaltenen Normen den Charakter der Unverletzlichkeit und Ewigkeit übertrug. Demokratische Rechtsetzungs- und Regierungsformen erlebten in dieser Zeit eine ungeahnte Renaissance. In diesem Geiste erkämpften sich unsere Väter vor 100 Jahren den freien Bundesstaat freier Schweizer und freier Menschen, und die Verfassung war ihr höchstes politisches Credo. Als Grundordnung des Staates genoss die Verfassung Verehrung und Achtung von Volk, Behörden und Richtern.

Und in dieser freien Luft gediehen auch unsere Genossenschaften wieder. Erst die neue Freiheit vermochte unsere alten Traditionen zu erwecken. Das Zusammentreffen ist ganz bestimmt nicht zufälliger Art. In der Geschichte des Geistes und der Ideen gibt es keine Zufälle. — Allerdings, nicht nur die Luft der Freiheit rief den alten Genossenschaftsgeist wieder wach. Es war ebenso das frisch erstandene Gefühl für das Recht und für Gerechtigkeit. Ein freier Zusammenschluss von Menschen ist ja nur möglich, wenn wir frei von Misstrauen gegenüber Mitmenschen, gegenüber Behörden und Richtern sind, wenn wir auf all das vertrauen können, was uns die Verfassung und die Gesetze garantieren. Der Rechtsstaat, gegründet auf eine starke Verfassung, gegründet auf das gegenseitige Vertrauen aller, war eine starke Wurzel der genossenschaftlichen Entwicklung. Es handelt sich hier sicher nicht um ein bloss zufälliges zeitliches Zusammentreffen.

Es ist sicher nicht zu bestreiten, dass die vergangenen Zeiten Gefahren aller Art brachten, für die eben unser Recht nicht mehr zugeschnitten war, und

in solchen Lagen haben alle gesetzestreuen Völker zum Mittel der Diktatur gegriffen, handle es sich nun um die Diktatur eines einzelnen auf begrenzte oder unbegrenzte Zeit, um die Diktatur eines Parlamentes oder um die Diktatur des Volkes, denn auch eine solche gibt es, und sie besteht, solange sich das Volk gegen die Verfassung regiert oder regieren lässt. Und die Parlaments- und Volksdiktaturen sind nicht immer die ungefährlichsten! In der Verfassung sind nun neben sehr grundlegenden Dingen auch nebensächliche geregelt, wenigstens bei uns. Aber eines zeichnet alle diese Verfassungsnormen vor allen anderen aus: sie sollen nur auf genau vorgeschriebenem Wege abgeändert werden können, und darin offenbart sich der besondere Schutz, der diesen Normen zuteil werden soll. Was der geringsten dieser Rechtsnormen angetan wird, das wird der Verfassung, der Garantie unserer freien Existenz angetan. Wir haben uns nicht an sie gehalten, und den Ritzungen und Schürfungen der Krisenjahre folgten die Quetschungen und Verletzungen der Kriegsjahre, den «nebensächlichen» Verletzungen durch die Finanzprogramme folgten die andauernden Verletzungen der Handels- und Gewerbefreiheit, des Rechts der freien Meinungsäusserung, es folgten willkürliche Verhaftungen und Preisgabe unseres Rechtes zur Asylgewährung (ein sehr grundlegendes Recht, das auf unserer Souveränität beruht und das nichts von seinem Werte verliert, weil es nicht ausdrücklich in der Verfassung verankert ist). Mit diesen Freiheitsrechten und mit unserer Verfassung drohte nun aber auch der freie Mensch zu verschwinden; das ist keine Phrase, sondern nackte Wirklichkeit, denn wo das Gouvernement du droit durch das Gouvernement des hommes oder de l'homme ersetzt wird, da wird ganz automatisch das Recht ausgeschaltet, und wo der Mensch ohne Schranken und ohne Verfassung über den Menschen regiert, da hat die Freiheit nichts mehr zu suchen, und da sind auch die Genossenschaften bedroht. *Darum* waren sie bedroht und sind sie bedroht! Aus keinem andern Grund!

Wir dürfen nun nicht vergessen, dass am Anfange dieser Entwicklung wirtschaftliche Schwierigkeiten standen, denen unsere Verfassung nicht gewachsen war. Die neuen Wirtschaftsartikel sollen ein Gleichgewicht, das nunmehr gefunden worden ist und das sich in der Krise und im Kriege bewährt hat, sanktionieren. Ein wichtiger Prozess der Rechts- und Verfassungsbildung ist abgeschlossen worden. Und sicher haben viele Genossenschafter auch die Frage überlegt, ob wir in den nächsten Jahren nach dem Recht leben wollen und regiert sein sollen, nach dem Recht, das sich das Volk gibt — oder nach dem Gutdünken unserer Behörden, die sich im besten Falle nach ihrem Gewissen, im andern Falle nach einem Lehrbuch oder bloss nach der Gunst oder Ungunst des Augenblicks richten werden.

Die eingangs festgestellte tragische Entwicklung sehe ich in der Tatsache, dass der prinzipiellen Frage: Recht oder Macht ohne Recht nicht mehr Bedeutung geschenkt wurde, dass der neuen Ordnung unserer Verfassung und dem Willen des Parlaments, sie einzuhalten, so wenig Vertrauen entgegengebracht wurde. Die schlechten Vorzeichen für die Entwicklung sind gegeben. Ist es da nicht vielleicht doch angezeigt, es wieder und noch einmal mit dem Vertrauen zu versuchen und damit der Verfassung ihre Grundlage zu geben? Vertrauen in die Verfassung mit ihren Garantien und in den Willen der Behörden und des Volkes, sich an diese Verfassung zu halten, Vertrauen als Genossenschafter, die ohne eine zeitgemässe Rechtsordnung in unserer Verfassung einfach der Willkür preisgegeben sind wie der Bauer, der Arbeiter und alle anderen Volksgenossen auch.

Verfassung oder Willkür — das war hier die Frage. Ihre Beantwortung ist nach meiner Auffassung gegeben, aber sie wird nicht nur durch eine Volksabstimmung gegeben, sie muss jeden Tag wieder gegeben werden, und wenn wir als Genossenschafter überhaupt Einfluss haben und haben wollen, so wird uns die Antwort nunmehr leicht fallen.

Dr. Lejeune

Die zweite Auflage des Internationalen Handwörterbuches im Entstehen

Herr Prof. Totomianz hat die heute mit ausserordentlichen Schwierigkeiten verbundene Aufgabe übernommen, eine zweite Auflage des Internationalen Handwörterbuches zu organisieren. Schon mit der ersten Auflage hat Prof. Totomianz ein in der ganzen Genossenschaftsbewegung hochgeschätztes Werk vollbracht. Jetzt eine weitere Ausgabe in Angriff zu nehmen, bedeutet ein Unterfangen, das nur dann gelingen kann, wenn sämtliche zur Mitarbeit eingeladenen Personen sich zur Pflicht machen, den in der Regel sehr bescheidenen Beitrag möglichst bald abzuliefern. Prof. Totomianz arbeitet von Sofia aus. Seine umfassenden Kenntnisse, sein stets lebendiger Eifer um den Fortschritt der Genossenschaftssache, seine Anteilnahme an allem Genossenschaftsgeschehen in der ganzen Welt lassen auch diesmal erwarten, dass das Handwörterbuch seinem Ruf treu bleibt. Bedeutende Mitarbeiter aus vielen Ländern stehen ihm zur Seite.

Ein gewaltiger Stoff an Wissen wird unter den Buchstaben A—Z zusammengefasst. Wer sich über bekannte Genossenschafter im In- und Ausland, über Arbeitsgenossenschaften, genossenschaftliches Bildungswesen, Christentum und Genossenschaften, Dividende, Ethik und Genossenschaftswesen, Finnland, Gewerkschaften und Genossenschaften, Hofwyl, Internationaler Genossenschaftsbund, Jugend und Genossenschaften, Kooperatismus, Ladengemeinschaften, Molkereigenossenschaften oder über unzählige andere Themen orientieren will, dem wird das Handwörterbuch wertvolle Dienste leisten können. Wer zu einer präzisen, knappen, dem heutigen Stand der Kenntnisse und Erkenntnisse entsprechenden und umfassenden Dokumentation des Werkes beiträgt, dient einer weiten Verbreitung des Standardwerkes. Möge es so die hohen Erwartungen erfüllen.

Die Industrie wird nicht mehr nach den Erfolgen, sondern auch nach den Männern, die an ihrer Spitze tätig sind, beurteilt werden ... wer in die oberste Leitung einer industriellen Unternehmung gestellt ist, gehört nicht sich allein, er gehört nicht seiner Familie allein, er gehört darüber hinaus vielen anderen, einer ganzen, zusammenarbeitenden Gemeinschaft. Aus solcher Gesinnung heraus wächst und gedeiht das freie, soziale Fürsorgewesen, das in unserem Land einen so breiten Raum einnimmt. Soziales Denken und Opfersinn gehören in unsere Fabriken, so gut wie Eisen und Kohle. *Ernst Dübi*

Die USEGO distanziert sich von den Juwo-Reisemarken

In Nummer 25 des «Schweiz. Konsum-Vereins» haben wir auf die recht fragwürdigen «Vorteile» aufmerksam gemacht, die gewisse Firmen mit der Vermittlung von Juwo-Reisemarken beim Kauf ihrer Produkte zu bieten suchen. Wir gaben unserem Erstaunen Ausdruck, in diesem Kreise auch die USEGO anzutreffen, die bekanntlich eine der Hauptträgerinnen der Zeitschrift «Jugendwoche» ist, in der die Juwo-Reisemarke, eben die Reisemarke der «Jugendwoche», so ausgiebig propagiert wird. Die Direktion der USEGO legt nun Wert darauf, festzustellen, dass sie wohl der Zeitschrift «Jugendwoche» sympathisch gegenüberstehe, mit der Juwo-Reisecheck-Vereinigung jedoch nichts zu tun habe.

Herr Direktor Brandenberger schreibt uns:

«*Dem ‚Schweiz. Konsum-Verein' Nr. 25, vom 21. Juni, entnehmen wir auf Seite 370 den Passus:*

‚Die Reisemarke gehört ins Gebiet der Zugabe, die ja der Konsument wieder bezahlen muss. Recht merkwürdig berührt, im Kreise dieser Firmen auch die USEGO zu finden, die hinter der Zeitschrift ‚Jugendwoche' steht.'

Der Unterzeichnete als langjähriges Mitglied des Vorstandes des Verbandes zur Bekämpfung des Zugabeunwesens, welchem auch Ihr Herr Direktor Maire angehörte, möchte in keinem Falle, dass hieraus etwa eine Aenderung seiner Meinung abgeleitet würde. — Wenn es auch stimmt, dass wir der JUWO an und für sich sympathisch gegenüberstehen, so haben wir mit der Juwo-Reisecheck-Vereinigung nichts zu tun. Diese ist ein selbständiges Unternehmen, an dem wir in keiner Weise beteiligt sind.»

Verschiedene Tagesfragen

Die Genossenschaftsbestimmung in den Wirtschaftsartikeln in der Beurteilung durch die Zeitung der Spezereihändler. Die interessanten politischen Folgerungen. Im «Lebensmittelhandel» ist zu lesen: «Vergessen wir jedenfalls eines nicht: die Entwicklung der Genossenschaften — damit meint man in erster Linie die Konsumgenossenschaften — muss gewährleistet sein. Wir wollen nicht orakeln und schwarzmalen, aber über eines müssen wir uns klar sein: Die Unantastbarkeit der Konsumgenossenschaften ist in der Bundesverfassung verankert. Vielleicht für 100 Jahre ein Garant für die Interpretation «je-nachdem». Je nachdem, wer interpretiert, d. h. wie die politische Struktur des Parlamentes gestaltet ist und je nachdem, wie der Souverän bei zukünftigen Abstimmungen beeinflusst wird! Die Gefahr, auf die wir in letzter Zeit hingewiesen haben: die intensive Verkettung der Parteipolitik mit der Wirtschaftspolitik ist damit in ein akutes Stadium getreten. Wir müssen uns mit dieser Tatsache abfinden und die nötigen Lehren daraus ziehen, d. h. die unbedingt notwendigen Vorkehren treffen! Der Detaillistenstand ist je länger je mehr mit den historisch-bürgerlichen Parteien auf Gedeih und Verderb verbunden. Es geht in den bevorstehenden Kämpfen in der Hauptsache um den Beweis der Existenznotwendigkeit, d. h. die Wichtigkeit der Funktionen, die der mittelständische private Detailhandel, namentlich der Lebensmitteldetailhandel in der Volkswirtschaft zu erfüllen hat. Daraus ergeben sich für Berufsverband und Mitglieder neue und ernste betriebspolitische und psychologische Probleme.»

Der Konsument soll zahlen. Ueber das Gutachten des Vorortes des *Schweizerischen Handels- und Industrievereins* zum eidgenössischen Expertenbericht zur Bundesfinanzreform wird in der «NZZ» u. a. mitgeteilt:

«Die Beibehaltung der Umsatzsteuer erscheint den Eingabestellern als eine Selbstverständlichkeit; von einer Erweiterung der Freiliste soll abgesehen werden, und die Erhöhung des Satzes der Umsatzsteuer über 4 Prozent sei tragbar und «nachdrücklich zu empfehlen». Ein weiterer Ausbau der Luxussteuer wird infolge der geringen fiskalischen Möglichkeiten der Luxusbesteuerung abgelehnt. Ferner wird auf die ungünstigen Folgen einer Ausdehnung der luxussteuerpflichtigen Waren auf den Export hingewiesen. Der Vorort begrüsst einen Einbau der Luxussteuer in die Umsatzsteuer mit reduzierten Sätzen. Gegen die beabsichtigte Erhöhung der PTT-Taxen werden keine Einwendungen erhoben.»

Erfreulicher und positiver ist die energische Befürwortung der Getränkesteuer, von der 60 Millionen Franken Erträgnisse erwartet werden. Ihr Fehlen wird als das schwächste Stück der bisherigen Fiskalpolitik des Bundes bezeichnet. Die Ausgleichsteuer, ein «nur sehr teilweise geratenes Experiment», sei abzuschaffen.

Wie nicht anders zu erwarten ist, hat sich die Delegiertenversammlung des *Schweizerischen Wirtevereins* einmütig gegen eine neue Getränkesteuer ausgesprochen. In einer Eingabe weist sie u. a. daraufhin, dass, sofern sich eine Herabsetzung der Staatsausgaben auf das absolut Notwendige als ungenügend erweisen sollte, einem *generellen und gleichmässigen Ausbau der Warenumsatzsteuer* im Sinne einer Erhöhung von maximal einem halben Prozent bzw. einem Prozent je nach Warenkategorie zugestimmt werden könnte. Eine derartige Lösung könnte nicht wie eine neue Getränkesteuer als ungerechte und untragbare Sondersteuer bezeichnet werden.

Das Führen eines Detailgeschäftes eine verlockende und dankbare Aufgabe. An der Tagung des Schweiz. Detaillistenverbandes in Interlaken stellte — wie es im «Lebensmittelhandel» heisst — Zentralkassier F. Heinzelmann in seinem Referat «Wo steht der private Detailhandel innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsformen» fest, «dass das Führen eines Detailgeschäftes für junge, initiative Leute noch heute eine verlockende und dankbare Aufgabe darstellt. Neben einem soliden beruflichen Rüstzeug, das im internationalen Austausch junger Kaufleute geholt werden soll, gehört auch eine grosse Dosis Verantwortungsbewusstsein und Einsatzbereitschaft dazu. Die Meinung, man könne mit der Führung eines Detailgeschäftes, ohne Mühe einen Haufen Geld verdienen, ist — glücklicherweise — falsch. Es werden an einen Betriebsinhaber hohe Anforderungen gestellt; um so eher erscheint der Anspruch auf eine sozial befriedigende Stellung als gerechtfertigt».

Diese Aufforderung an die Jugend entspringt einem gewiss erfreulichen Optimismus und auch den Willen zur Initiative. Sie steht zwar in einem etwas merkwürdigen Gegensatz zu dem ständigen Streben der gleichen Kreise nach staatlichem Schutz und weitgehender Beschränkung der Konkurrenz. Jedenfalls zeigen auch diese zuversichtlichen Perspektiven für den Detailhandel, auf welchen soliden, einträglichen Grundlagen dieser heute arbeitet.

Volkswirtschaft

Kommt die Krise, kommt sie nicht?

Unter dem Titel «Die abgesagte Krise» schreibt das Bankhaus Julius Bär & Co. in seinem Wochenbericht:

In den Vereinigten Staaten beginnt sich die Ansicht zu verbreiten, dass die sich im Herbst letzten Jahres mit einem gewaltigen Börsenkrach ankündigende Krise nicht stattfinden wird. Das würde heissen, dass die Börse als Konjunkturbarometer versagt hat. Es hat allerdings manche Beobachter gegeben — auch wir haben zu diesen gehört —, die die Meinung vertraten, dass der Börsenkrach in New York durch eine Reihe äusserer Faktoren verursacht worden ist, während die rein wirtschaftlichen Faktoren wohl auf ein Stagnieren der Konjunktur oder auf einen kleineren Rückschlag hinwiesen, aber keinesfalls auf das Eintreten einer grossen Krise.

Tatsächlich konnte man eine Erklärung für den Börsenkrach in den rein technischen Faktoren sehen, wie z. B. in der unbestreitbar vorhandenen Ueberspekulation, der Verunmöglichung von Effektenkäufen auf Kredit, der Uebersättigung der Märkte mit Neuemissionen usw.

Der Mitte September letzten Jahres eingetretene Börsenkrach schien die Parallelität des Wirtschaftsverlaufes mit der Zeit nach dem ersten Weltkrieg zu bestätigen, und nachdem auch die Aussenpolitik eine überaus unerfreuliche Entwicklung eingeschlagen hatte, war es nur zu verständlich, dass sich die Baisse an der Börse mit einer elementaren Wucht während einiger Wochen fortsetzte. Warum sollte man mit der Liquidation der Effekten auch nur einen Tag zuwarten, wenn die Krise doch in sicherer Nähe stand!

Aber die Preisbaisse, die sich bei den Rohstoffen hätte zeigen müssen, wollte sich nicht einstellen, ja es gab sogar neue Preishaussen, und insbesondere bei den als ausgesprochen übersetzt geltenden landwirtschaftlichen Produkten blieb der vorausgesagte allgemeine Preiszusammenbruch aus.

Der Käuferstreik

Die Befürchtungen, die der Krach an der Börse ausgelöst hatte, zogen rasch weite Kreise; auch in der Wirtschaft wurde die Baisse als das Signal aufgefasst, als das es traditionsgemäss zu gelten hatte, nämlich als Krisenzeichen. War der Wirtschaftsgang bisher durch einen scharfen «sellers-market» gekennzeichnet, indem die Verkäufer Preise und Lieferungsbedingungen bestimmten, so erwartete man nun angesichts des Börsenkraches einen Rückgang der Nachfrage. Der Uebergang zum «buyers-market» würde sich um so schneller vollziehen, als die inzwischen in Gang gekommene Vollproduktion, nach Befriedigung des Nachholbedarfs, eine eigentliche Ueberproduktion darstellen würde. Die Entwicklung schien so klar erkennbar, dass man glaubte, sie künstlich beschleunigen zu können. Einkäufer von Handel und Industrie und das Publikum traten in den Käuferstreik. Wenn derart bei zunehmender Produktion die Käufer, in Erwartung niederer Verkaufspreise, mit Käufen zurückhielten, dann — glaubte man — würden die Preise noch schneller heruntergehen. Diese Einstellung war nun allerdings eine Ueberschätzung des psychologischen Faktors.

«You can't talk prices down»

Man kann die Preise nicht heruntersprechen; man kann sie aber auch nicht hinaufsprechen. Die Voraussetzungen für einen wesentlichen Abschwung waren und sind nicht gegeben, ja man muss froh sein, wenn sich nur die am stärksten übersetzten Preise dem allgemeinen Niveau anpassen. Die Käufer in Amerika entdeckten denn auch bald, dass weder das erwartete Ueberangebot eintrat, noch die Preise im allgemeinen zu sinken begannen. Ganz im Gegenteil, es kündigten sich in den letzten Monaten wieder Preishaussen an, wozu die Streiks, der ausländische Bedarf und neuerdings schlechte Ernteaussichten beigetragen haben.

Die Krisenzeichen in der Konsumgüterindustrie sind wieder im Abflauen. Die grossen Warenhäuser, die teilweise ihren Einkauf völlig gestoppt haben, sehen mit Erstaunen, dass das Publikum wieder kauffreudiger geworden ist, und der Absatz, der bereits zu sinken begonnen hatte, beginnt wieder zu steigen. Die vorjährigen Umsatzzahlen werden teilweise schon wieder beträchtlich übertroffen. Statt einer Ueberfüllung der Lager ist eine Räumung zu verzeichnen, so dass die Grossunternehmungen der Manufakturwarenbranche schnellstens wieder ihre Bestellungen placieren müssen. Auch die Bauindustrie, deren Nachhinken in der Konjunktur man als besonders bedenkliches Zeichen betrachtet hatte (die Baubewilligungen waren unter den letztjährigen Zahlen geblieben), zeigt neuerdings eine Besserung, die hauptsächlich auf gewisse Preisanpassungen und sodann auf einen regelmässigeren Rohmaterialienfluss zurückzuführen ist, was eine sehr erwünschte Normalisierung der Produktionsbedingungen darstellt. Die Folge dieser Entwicklung ist, dass die Gesamtzahl der Beschäftigten in Amerika den Rekordstand von rund 60 Millionen erreicht hat und die Zahl der Arbeitslosen, wo man einen Anstieg auf drei Millionen befürchtet hatte, unter zwei Millionen gesunken ist.

Abflauen der Krisenbefürchtungen

Hatte man ursprünglich den Beginn der Wirtschaftskrise auf den Anfang dieses Jahres vorausgesagt, nachdem zwischen Börsenkrach und Beginn der Wirtschaftskrise normalerweise einige Monate zu verstreichen pflegen, so ging die offizielle Prognose in den letzten Monaten dahin, dass auf den Herbst ein Konjunkturrückgang zu erwarten sei, der das allgemeine Preisniveau um 20% und den Beschäftigungsgrad um 10% sinken lassen werde. Heute beginnt sich aber die Ueberzeugung zu verbreiten, dass einstweilen überhaupt kein Konjunkturrückgang zu erwarten sei.

Gewiss steht in Amerika noch nicht alles zum besten. Die Auswirkungen der neuen Arbeitsgesetzgebung lassen sich noch nicht völlig übersehen. Die Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks ist durch ein unerwartetes Nachgeben der Arbeitgeber ermöglicht worden, was darauf schliessen lässt, dass die Unternehmer die Zukunft optimistisch beurteilen, indem sie höhere Kohlenpreise für tragbar halten. Sie scheinen in dieser Auffassung von der Stahlindustrie bestärkt worden zu sein. Damit wird allerdings die in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft notwendige Anpassung der Preisspitzen nicht erleichtert, und bereits erwartet man eine weitere Verteuerung der Produktion durch eine neuerliche Erhöhung der Frachtraten bei den Bahnen, nachdem die Bahngesellschaften ein diesbezügliches Verlangen gestellt haben.

Es ist jedenfalls klar, dass der Deflationsprozess, soweit er überhaupt in Gang gekommen war, beendigt ist und wieder inflationistischen Tendenzen Platz zu machen im Begriffe ist. Und das ist nicht unbedenklich.

Die grundlegenden Faktoren der amerikanischen Wirtschaft, die übrigens nie aufgehört haben, wirksam zu sein, weisen nach wie vor auf eine langdauernde Konjunktur hin. Es ist keine Rede davon, dass bei den Dauergütern der Bedarf in absehbarer Zeit gedeckt werden kann; das gilt insbesondere für die Automobilindustrie und den Häuserbau. Aber auch eine Reihe anderer Dauergüter wird sich auf lange Zeit eines guten Marktes erfreuen dürfen. Auch bei den nicht dauerhaften Gütern hat sich erwiesen, dass der Markt noch sehr aufnahmefähig ist. Die Bevölkerung verfügt nach wie vor nicht nur über grosse flüssige Mittel, sondern verdient auch gut. Immerhin ist festzustellen, dass das Publikum wieder kritischer geworden ist, wenn es kauft. Man sieht nicht nur auf den Preis, sondern auch auf die Qualität. Die Stockung, die sich eingestellt hatte, war, wie sich nunmehr zeigt, grossenteils durch Qualitätsgründe bedingt. Gute Qualität findet aber bereitwillige Käufer. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass eine neuerliche Preissteigerung wiederum absatzhemmend wirken könnte.

Für die PRAXIS

Grundsätzliches über das Verkaufsgespräch

Es muss immer wieder betont werden, dass *die* Verkäuferin, welche ihren Beruf als Dienst an der Mitgliedschaft auffasst, das dauernde Vertrauen der Mitglieder erwirbt. Dies aber ist die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Verkaufstätigkeit. Wer beim Verkaufen den Mitgliedern dienen will, muss immer ihre Wünsche vor Augen haben, muss danach trachten, diese Wünsche zu erfüllen. Es erfordert eine vollständige Orientierung der Gedanken und Handlungen auf das Mitglied und ist sicher etwas vom Schwierigsten, was von einem Menschen im täglichen Beruf verlangt werden kann. Dieser ethische Sinn des Verkäuferinnenberufes gibt der Verkäuferin eine innere Befriedigung, die ihre Mühen mehr als aufwiegt.

Auch im Verkaufsgespräch kommt diese grundsätzliche Einstellung zur Geltung. Sein Ziel ist der Abschluss eines Verkaufs: aber es darf doch nicht das letzte Ziel sein. Denn wer unbedingt verkaufen will, setzt sich selber und das Geschäft an die erste und den Wunsch des Mitgliedes an die zweite Stelle. Das Mitglied ist da bloss Mittel zum Zweck. — Nein:

auch beim Verkaufsgespräch muss der Wille, dem Mitglied zu dienen, Leitmotiv sein.

Dieser Wille gibt dem Verkaufsgespräch Sinn und Bedeutung. Er veranlasst die Verkäuferin, dem Mitglied über die Eigenschaften der Waren Auskunft zu geben. Und nicht auf das Ueberreden und Aufschwatzen kommt es hier an, sondern auf das *Ueberzeugen* und *Aufklären*. Die wenigsten Käufer sind ja «imstande, die wirklichen Eigenschaften der Ware zu sehen, man muss ihnen helfen, sie aufklären».

Aufklären heisst nun aber nicht, bei jedem Artikel die Nachteile suchen und herausstreichen. Schlechthin vollkommen ist ja nichts auf dieser Welt, und anderseits führen ja die Genossenschaftsläden immer Waren, deren Qualität dem Preise entspricht. Nein: Aufklären heisst die Qualität einer Ware bezeichnen und vor allem demonstrieren, wo dies möglich ist. («Rechte Verkäuferinnen halten keine Reden, sondern zeigen geschickt die Vorteile ihrer Ware.») Auch bei zweiter oder dritter Qualität soll die Qualität, nicht der Mangel der Ware genannt werden. *Mit dem ewigen Nennen des Negativen ist dem Mitglied nicht gedient.* Es wird oft geradezu verhindert, das zu kaufen, was er im Grunde kaufen möchte.

Die gute Verkäuferin meidet also das «numme-no» (vgl. «Schweiz. Konsum-Verein», Nr. 24). «Sie sagt z. B. nicht: *‚Dieser Stoff ist schlecht'*, sondern: *‚Er wird nicht so viel aushalten wie der andere.'* — Sie sagt nicht: *‚Dieser Kaffee ist schlecht'*, sondern: *‚Sein Aroma ist nicht so kräftig'*. Das Wörtlein ‚nur' muss vermieden werden. ‚Wir haben nur das.' Das ist Kritik an der Auswahl des Geschäftes und untergräbt beim Kunden das Vertrauen.»

Wenn das ganze Verkaufsgespräch auf der Basis der Dienstleistung aufgebaut wird, gewinnt man das dauernde Vertrauen der Mitgliedschaft.

(Die Zitate sind aus: Helene Métraux, Verkaufskunde.) hsd.

Aktiver Detailhandel

Gründung weiterer Sektionen und Werbung neuer Mitglieder steht im Programm der verstärkten Aktivität des Detailhandels. Wir lesen im «Lebensmittelhandel»:

«Im Interesse des weitern Ausbaues der individuellen und der gemeinsamen Selbsthilfe auf allen Gebieten der Betriebsführung und der Wirtschaftspolitik müssen unsere Berufsangehörigen noch besser gesammelt werden. Zu diesem Zwecke werden wir noch dieses Jahr weitere Sektionen gründen und Mitglieder werben und endlich mithelfen, die Arbeit in den Sektionen in der Richtung der Behandlung praktischer Probleme zu aktivieren.»

Genossenschaft — und doch zweierlei Läden

Wo würden Sie Ihren Einkauf gerne tätigen? Der Entscheid ist sehr leicht. Und mit wie wenig Mitteln liesse sich doch zur Linken ein wesentlich anderes Bild erreichen. Mit ein wenig Liebe und Sinn für das wahre Gesicht eines Genossenschaftsladens!

Inventur mit sich selbst machen

Notwendig ist, dass man sich über seine geistigen und materiellen Fähigkeiten eine Aufstellung verschafft. Dabei wird man alles das feststellen, was notwendig ist, um sich über seine Persönlichkeit Rechenschaft zu geben. Am besten frägt man sich bei dieser Analyse zunächst:

Welche besonderen Fähigkeiten habe ich?
Welches sind meine Durchschnittskenntnisse?
Welche Momente sind vernachlässigt?

Die Erkenntnis eines solchen Spiegelbildes von uns selbst macht den Weg für unsere eigene Schulung frei. Dasselbe gilt von der Aufzeichnung aller materiellen Hilfsmittel, Schriftgut, Bücher usw. Beide Faktoren ergänzen sich gegenseitig. Denn je schärfer das Werkzeug, um so grösser der Arbeitserfolg.

E. O.

Telephonitis

Das Telephon ist das ideale Gerät des Geschäftsmannes und heute für jeden Betrieb unentbehrlich geworden. Es soll möglichst dem Geschäftsverkehr zur Verfügung stehen. Private Gespräche, vor allem während der Geschäftszeit, sind zu unterlassen. Gespräche geschäftlichen Charakters sind möglichst kurz zu führen. Das Telephon wurde schliesslich dazu geschaffen, um zu vereinfachen, nicht um damit lange Referate zu halten. Gewünschte Auskünfte sollen kurz und bündig gegeben werden. Bei der Aufnahme eines Gespräches soll immer sofort die Tendenz vorhanden sein, möglichst rasch damit fertig zu werden.

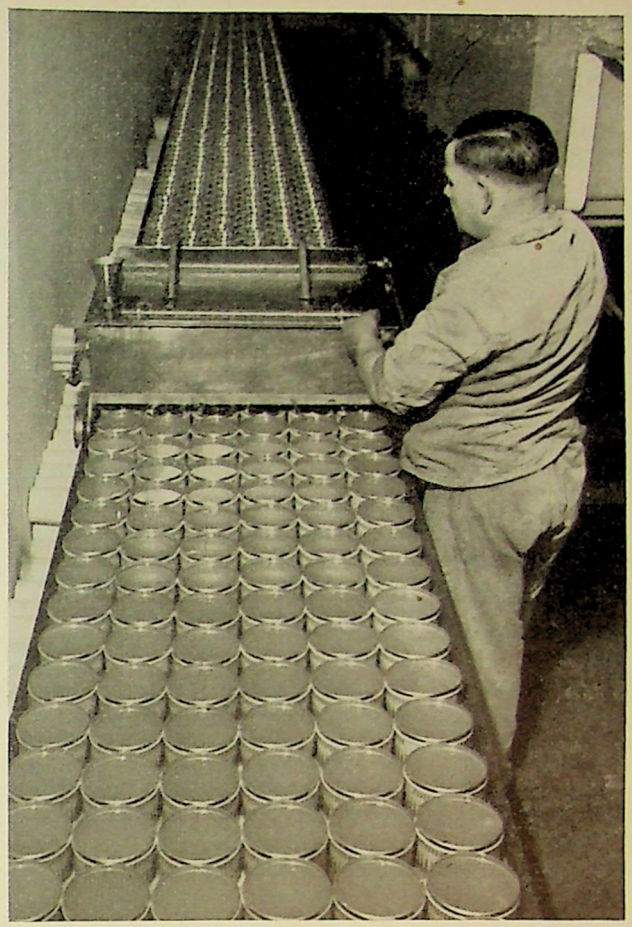
Nur auf diesem Wege wird es möglich werden, diese Telephonkrankheit einigermassen einzudämmen. Jedes an seinem Posten muss dazu sein Bestes leisten. Wir im LVZ wollen mit gutem Beispiel vorangehen, unseren Telephonverkehr einzuschränken und so rationell wie möglich zu gestalten. Unsere ledigen Angestellten werden in Zukunft ihre privaten Abmachungen nicht mehr am Telephon treffen, und unsere verheirateten Männer werden der Frau zu Hause die Erlebnisse erzählen. Reklamationen und Bestellungen von den Filialen in die Betriebe werden in aller Kürze, aber trotz alledem nicht unfreundlich aufgegeben werden. Auch den internen Verkehr werden wir alle kurz und prägnant, aber ohne viel Nebengeräusche führen.

«Läbis-Spiegel»

Und schon wieder die Bodenwichse Co-op an der Spitze

Die Hauswirtschaftliche Prüfungskommission des KFS, die eng mit der Wirtschaftsabteilung des V. S. K. zusammenarbeitet, hat jüngst in aller Objektivität, ohne die Markennamen zu kennen, vor allem *drei Bodenreinigungs- und Glanzmittel* einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Es wurden folgende Fragen gestellt:

1. Mit welchem Muster erzielen Sie die grösste Arbeitserleichterung?
2. Bei welchem Muster
   a) erzielen Sie den schönsten Glanz?
   b) hält der Glanz am längsten?
   c) wird der Boden am hellsten?
   d) klebt der Boden? (Negativfrage!)
3. Welches Muster lässt sich am besten resp. schnellsten glänzen?
4. Welches Muster entfernt am besten
   a) den üblichen Bodenschmutz?
   b) Wasserflecken, wie bei Behandlung mit Stahlspänen?
5. Welches Muster ist am *ausgiebigsten bzw. am sparsamsten?*
6. Welches Muster bevorzugen Sie in bezug auf Geruch?



Bodenwichse Co-op wird eingefüllt

7. Sind am Boden irgendwelche Veränderungen festzustellen in bezug auf
   a) Glanz des Parketts
   b) Farbe des Parketts

Das Resultat der sorgfältigen Prüfung durch die erfahrenen Hausfrauen, die ihr Urteil auf Grund der praktischen Anwendung, der gewissenhaften Abwägung der von ihnen festgestellten Vor- und Nachteile gaben, war, dass Muster A 24 Punkte, Muster B 40 Punkte und *Muster C 48 Punkte* zugesprochen wurden. Im Preis kam Muster A pro Liter auf Fr. 6.—, Muster B pro Liter auf Fr. 3.80 und Muster C pro Liter auf Fr. 3.60 resp. nach Abzug von 8% auf Fr. 3.312. *Und Muster C ist die Bodenwichse Co-op.*

Aus den einzelnen Urteilen wollen wir hier festhalten:

«Muster C braucht am wenigsten Kraft von allen, da man den Schmutz nur aufzuweichen und wegwischen kann ohne festes Reiben.»

«Bei nicht zu starker Beanspruchung und bereits gut gepflegten Böden würde ich Muster C bevorzugen (Arbeitserleichterung, passabler Geruch, schnelles Trocknen).»

«Muster A riecht entsetzlich; Muster B auch gut wie C, aber nicht so rationell im Verbrauch.»

Damit haben wir eine neue Bestätigung für die Tatsache, dass alle Vereine ihren Mitgliedern mit der Vermittlung von Bodenwichse Co-op einen sehr guten Dienst leisten. Es handelt sich hier um ein *in der Qualität hervorragendes, im Preis besonders vorteilhaftes Produkt.*

Die Jugend ist unsere Zukunft

Der sechste Freidorfkurs der Genossenschaftsjugend

Der vom 31. Mai bis 2. Juni im Freidorf stattgefundene Kurs des Bundes der schweizerischen Genossenschaftsjugend (BSGJ), der sowohl von Welsch- wie Deutschschweizern in erfreulicher Zahl besucht wurde, zeitigte ein sehr befriedigendes Ergebnis: es besteht alle Sicherheit dafür, dass die zahlreichen aktiven Kräfte in der Genossenschaftsjugend weiterhin zum Wohle der Gesamtbewegung wirken werden.

Das Programm enthielt für beide Sprachgruppen drei Vorträge, die separat durchgeführt wurden, sowie die gemeinsame Eröffnungszusammenkunft vom Samstagabend, die sonntägliche Abendunterhaltung und die Delegiertenversammlung.

Herr Dr. *Faucherre* eröffnete den Kurs mit einer kurzen, gehaltvollen Ansprache, wobei er die bisher geleistete Arbeit lobend erwähnte.

Der initiative Präsident des BSGJ, *Marcel Schmid*, Reconvilier, appellierte an seine Freunde, weiterhin treu für die Bewegung einzustehen und für die genossenschaftliche Wirtschaftsgestaltung und die Verbreitung der Genossenschaftsidee zu werben und zu kämpfen!

Während bei den Welschschweizern am Sonntagvormittag Herr Direktor *Barbier* über «Die gegenwärtige Lage der schweizerischen Genossenschaftsbewegung» in eingehender Weise orientierte, beschäftigten sich die Deutschschweizer vorerst mit internen Problemen. Das Jugendheim, der «Junggenossenschafter», die Patenschaft Co-op, Markenaktion u. a. m. wurden eifrig erörtert. Alsdann referierte der Vorsteher der baselstädtischen Vormundschaftsbehörde, *Ernst Weber*, über das Thema:

«Wo steht die Schweizerjugend heute?»

Der Referent schilderte nach einem Rückblick auf früher die Einstellung der Nachkriegsjugend, den Drang nach Sicherheit, die Einflüsse wirtschaftlicher und moralischer Art der katastrophalen Weltkrise und des zweiten Weltkrieges, die Ursachen des übermässigen Kino-, Dancing- und Barbesuchs durch junge Leute und die damit in Zusammenhang stehenden sexuellen Entgleisungen und kriminellen Verfehlungen.

Auf die heutigen Verhältnisse in verschiedenen Staaten übergehend verfehlte der Referent nicht, auch die Fortschritte gegenüber früheren Zeiten hervorzuheben: die offenere Haltung der Geschlechter zu einander, die Vorzüge des Sportes, der heutigen Bildungsmöglichkeiten usw. Weber setzte sich mit Vehemenz für eine Erneuerung des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens von unten auf ein. Er sprache einer

Erneuerung
in kleinen Gemeinschaften,

wie es unsere Genossenschaften als leuchtendes Beispiel sind, das Wort und forderte die Junggenossenschafter auf, mit all ihren Kräften im kleinen Kreise zu wirken und möglichst viel junge Menschen, die zur Mitarbeit willens sind, für diese Aufgabe zu gewinnen.

Nationalrat Rudolf Schümperli vermittelte mit seinen anschaulichen Ausführungen über die

«Ladengemeinschaften,
ein Weg zu lebendiger Genossenschaft»

ein klares Bild des Aufbaus einer wirklich lebendigen Genossenschaft. Wir erfuhren, welche Aktionen in Romanshorn zur Propagierung einzelner Produkte unternommen wurden und dass, was besondere Erwähnung verdient, der Umsatz sich in dem Masse steigerte wie sich die Beziehungen des einzelnen Mitgliedes zu seinem Laden besserten. Der Referent unterliess es aber nicht, auch die Schwierigkeiten, die sich bei der Einführung von Ladengemeinschaften ergeben, zu erwähnen.

Nationalrat Schümperli betonte, dass heute der Moment gekommen sei, wo die Konsumgenossenschaften, wenn sie sich gegenüber den andern Lebensmittelgeschäften erfolgreich behaupten wollen, sich darauf besinnen müssen, dass es der

Geist,

der in einer Genossenschaft weht, ist, der die Konsumenten an ihre Genossenschaft am besten zu binden vermag. Wir dürfen deshalb nicht in einem blossen Umsatz- und Rückvergütungsdenken steckenbleiben, sondern müssen eine grosse geistige Vertiefung in der ganzen Genossenschaftsbewegung anstreben; eine Aufgabe, die die Genossenschaftsjugend und mit ihr alle sich jung fühlenden Kräfte mit Idealismus und Begeisterung anpacken müssen. Und die Ladengemeinschaften seien die Formen dieses lebendigen Genossenschaftsgeistes.

Auch dieses ebenfalls mit grossem Beifall aufgenommene Referat rief einer anregenden Diskussion.

Der Sonntagabend vereinigte wiederum alle zur gemeinsamen Unterhaltung, deren Organisation die Gruppe Lausanne übernommen hatte.

Franz Carl Endres vermochte die junge Genossenschaftergemeinde am Montagmorgen völlig zu fesseln mit seinen Ausführungen über die

«Gleichberechtigung der Frau».

Der Referent hob in besonderem Masse hervor, dass es sich nicht bloss um die Verleihung des Stimmrechtes handle, sondern um eine politische, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung. Nach der Darlegung der Schwierigkeiten und Hindernisse, die es in der Schweiz noch zu überwinden gilt, appellierte der Redner an die jungen Zuhörer, beim Kampfe um die Anerkennung der Frauenrechte mitzuwirken und vor allem dafür zu sorgen, dass die Jugend voll und ganz dafür gewonnen werden kann.

In der anschliessenden

Delegiertenversammlung

verlas Louise von Rohr den von der abtretenden Sekretärin Nelly Hunziker

verfassten Rechenschaftsbericht, worauf Kurt *Etter* über das vom V. S. K. gewährte Budget Aufschluss erteilte. Die Wahlgeschäfte wurden reibungslos vollzogen, indem der bisherige Präsident, Marcel *Schmid*, einstimmig für ein weiteres Jahr bestätigt wurde, gleichfalls als Mitglieder der Arbeitsleitung: Louise *von Rohr* und Claude *Merker*. An Stelle der bisherigen Berner Vertreter Kurt Etter und Hugo Walther, wurden Jakob *Gassmann*, Zürich, und Erwin *Reichert*, Winterthur, neu in die Arbeitsleitung gewählt. Dafür werden neben den Welschen Claude Merker, Madleine Weiszfeiler und Pierre Pineau die Berner Othmar Haller, Hans Kurz und Werner Thürig als Mitglieder der Redaktionskommission den «Junggenossenschafter» betreuen.

Bevor Herr Dr. *Faucherre* mit einem markanten Schlusswort, diesmal französisch, den Kurs beendigt hatte, wurde folgender Entschliessung zugestimmt:

1. *Sich mit allen Kräften für die Altersversicherungsvorlage einzusetzen und die jungen Stimmberechtigten aufzufordern, ihre Bürgerpflicht restlos zu erfüllen und durch ein überzeugtes Ja den Willen zur Solidarität mit unsern alten Mitbürgern unter Beweis zu stellen. Denn es gilt, die Parole der sozialen Sicherheit und der Freiheit von Not auf diesem wichtigem Gebiet praktisch durchzusetzen.*
2. *Die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der Frau als Ausdruck der Gerechtigkeit und Vervollkommnung unserer Demokratie mit allen Kräften zu unterstützen.*
3. *Eine bessere und aktivere Zusammenarbeit der in der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände zusammengefassten Organisationen zu befürworten.* -hü-

Kurze Nachrichten

Das Frostmobile. In Amerika werden den Hausfrauen tiefgekühlte Gemüse, Früchte und Fische in einem als Verkaufsladen eingerichteten Automobil mit Kühleinrichtungen bis vors Haus gebracht. E. O.

Der Verband schweizerischer Filialunternehmungen fordert weitgehende Aufhebung der Rationierung. Er betont unter Hinweis auf die Belastung für die Verkaufsgeschäfte und den Personalmangel in einer Resolution u. a.: «Die Mitglieder des Verbandes schweizerischer Filialunternehmungen geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, dass alle nicht unumgänglich notwendigen Rationierungsmassnahmen sofort abgebaut und weitere Waren freigegeben werden. Diese Freigabe dürfte dann auch die Aufhebung der Mahlzeitencoupons ermöglichen.»

Pestalozzi-Kinderdörfer im Ausland. Aehnlich wie der Gedanke des Kinderdorfes in der Schweiz eine Verwirklichung fand, haben sich auch im Ausland Gruppen von hilfsbereiten Menschen zusammengefunden, die im Geiste Pestalozzis der obdachlosen und verwaisten Jugend ihrer Länder eine neue Heimat geben wollen. Da es die «Vereinigung Kinderdorf Pestalozzi» für ihre Pflicht hält, derartigen Bestrebungen ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken, hat sie sich unter dem Eindruck des grossen Kinderelends dazu entschlossen, Kinderdorfpläne in den kriegsverwüsteten Ländern nach Möglichkeit zu fördern. Es konnte unlängst auch die Förderung solcher Bestrebungen in Deutschland angebahnt werden.

Damenstrümpfe aus Kanada. Wie die «Silk-Association of Canada» bekannt gab, wird Kanada in Bälde wieder den Export von Damenstrümpfen aufnehmen können. Die Produktion der kanadischen Strumpffabriken ergab 1946 zirka 2,710 Millionen Dutzend Paar, wovon 39 % aus Kunstseide und 61 % aus Nylon. Die Erzeugung beginnt jetzt den einheimischen Bedarf zu überschreiten. Vor dem Kriege wurden allerdings 3,210 Millionen Dutzend Paar fabriziert, wovon rund 0,5 Millionen Dutzend Paar zur Ausfuhr gelangten.

Neues Konservierungsverfahren für Nahrungsmittel in den USA. Das neue Verfahren ermöglicht eine teilweise Dehydrierung und anschliessende Tiefkühlung der zu verarbeitenden Produkte. Diese behalten ihr ursprüngliches Aussehen, ihre Grösse und ihren Nährwert, doch wird ihr Gewicht wesentlich verringert. Die Haltbarkeit und Lagerfähigkeit der auf diese Weise konservierten Lebensmittel wird als unbegrenzt bezeichnet.

Nähnadeln aus der Tschechoslowakei und Oesterreich. In der Tschechoslowakei ist eine Fabrik gegründet worden, welche sich mit der Fabrikation von Nähnadeln befasst.

Auch Oesterreich wird die Fabrikation von Nähnadeln aufnehmen.

Sie haben vielleicht zuweilen die Unklugheit, zu einem jener Zahnärzte zu gehen, an deren Türen man die lockende Inschrift liest: «Hier werden schmerzlos Zähne gezogen». Nun, an jedem genossenschaftlichen Laden sollte man, und zwar mit mehr Recht, die Inschrift anbringen: «Hier wird schmerzlos gespart». *Charles Gide*

Rechtswesen und Gesetzgebung

Sonderwehrsteuer auf Ausverkaufsrabatte

Laut Mitteilung der Eidgenössischen Steuerverwaltung unterliegen bei Ausverkäufen (Verkauf von Räumungswaren) auch jene Rabatte, die 5% übersteigen, nicht der Sonderwehrsteuer gemäss Art. 63 WStB. Dies im Gegensatz zu früher erhaltenen und im «Organisator» veröffentlichten Angaben.

Für Ausnahmeverkäufe (das neue Ausverkaufsgesetz unterscheidet zwischen Ausverkäufen und Ausnahmeverkäufen) besteht dagegen keine klare Regelung, so dass wir weiterhin raten, bei Ausnahmeverkäufen die Waren mit Nettopreisen anzuschreiben, also nicht gesonderte Rabatte zu gewähren, die voraussichtlich von der Wehrsteuer erfasst würden. Den Firmen, die eine Sonderwehrsteuer auf Ausverkaufsrabatten bereits bezahlt haben, empfehlen wir ein Rückerstattungsgesuch zu stellen.

Aus «Organisator», Monatsschrift

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen

Grabs. Aus dem Jahresbericht. * Der Gesamtumsatz betrug im verflossenen Betriebsjahr 925 800 Fr., was einer Erhöhung gegenüber 1945 von 120 160 Fr. gleichkommt. Die Mitgliederzahl stieg um 10 auf 1090. Die Rückvergütung beträgt 10%. Die Bilanz weist bei einem Totalbetrag von 378 950 Fr. folgende Posten auf: *Aktiven:* Warenvorrat 60 600 Fr., Guthaben 124 600 Franken, Wertschriften 77 650 Fr., Depositen 53 900 Fr., Immobilien 60 000 Fr. *Passiven:* Reservefonds 190 400 Fr., Depositenfonds 55 000 Fr., Kreditorenkonto 43 100 Fr, schuldiger Kundenrabatt 46 000 Fr., Nettoüberschuss pro 1945/46 46 000 Fr.

Luzern. *Aus dem Jahresbericht.* 1946 erreichte der Umsatz 12 338 350 Fr. gegenüber 10 914 400 Fr. im Vorjahr. Die Zahl der Mitglieder reduzierte sich um 10 auf 12 562. Die durchschnittliche Konsumation pro Mitglied stieg von 900 Fr. auf 1000 Fr.; an Rückvergütung wurden 6,5% ausbezahlt. Der Betriebsüberschuss beträgt 752 700 Fr. An Fürsorgeeinrichtungen sind hervorzuheben die Betriebskrankenkasse, die Stiftung Personalfürsorge, der Notfonds, Auszahlungen bei Sterbefällen und bei Geburten, Weihnachtsgaben an wohltätige Vereine und Institutionen. Auch der Genossenschaftliche Frauenverein entfaltete eine rege Aktivität. Aus der Bilanz (Totalbetrag 7 696 450 Franken): *Aktiven:* Kasse 74 400 Fr., Debitoren 221 050 Fr., Wertschriften 1 316 700 Fr., Vorräte 1 559 800 Fr., Immobilien 4 508 000 Fr. *Passiven:* Anteilscheine 492 600 Fr., Reservefonds 1 110 000 Fr., Eintrittsgelder 80 000 Fr., Sachversicherungsfonds 292 000 Fr., Hypotheken 300 000 Fr., Kreditoren 1 072 500 Fr., Depositenkasse 4 346 400 Fr.

Möriken. (Mitg.) Am 6. Juli hat Möriken eine *Mitgliederreise* durchgeführt. Mit acht Autocars fuhren 235 Mitglieder über den Susten- und Brünigpass. Für die Teilnehmer wurden die Lebensmittel und Getränke mitgeführt und zum Selbstkostenpreis auf dem Picknickplatz abgegeben. Die Cars trugen die Aufschrift: Allg. Konsumverein Möriken-Holderbank. Es war eine schöne Reise und zugleich eine Propagandafahrt.

Genossenschaftliches Seminar
(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar wurden überwiesen:

Fr. 250.— vom Konsumverein Wettingen
» 100.— vom Konsumverein Lostorf
» 100.— vom Konsumverein Bad-Ragaz

Diese Vergabungen werden hiermit bestens verdankt.

Arbeitsmarkt

Angebot

Durchaus tüchtiger und selbständiger **Bäcker-Konditor** sucht Lebensstelle als Erster oder auch als Alleiniger in Konsum. Gute Zeugnisse vorhanden, auch kann Kaution geleistet werden. Offerten erbeten unter Chiffre S. A. 1872 fl an Schweizer Annoncen-AG., Flawil.

Bäcker-Konditor, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht Stelle in mittleren Betrieb oder auch als Alleinarbeiter. Besitzt Kenntnisse in Büroarbeiten. Alter 29jährig, verheiratet. Wohnung wäre erwünscht. Offerten erbeten unter Chiffre W. R. 90 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Nachfrage

Gesucht tüchtige, zuverlässige **Filialleiterin** in Laden mit zirka 300 000 Fr. Umsatz. Nebst Eignung für einen verantwortungsvollen Posten werden gute Kenntnisse in Manufakturwaren und Haushaltartikeln verlangt. Eintritt baldmöglichst. Offerten mit Photo und Lohnansprüchen sind zu richten an die Verwaltung des Konsumvereins Ebnat-Kappel.

Wir suchen tüchtige **Verkäuferin** in unseren Hauptladen. Eintritt nach Uebereinkunft. Geregelte Arbeitsverhältnisse. — Offerten mit Photo, Zeugniskopien und Lohnangaben sind einzureichen an die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Lyss.

Konsumgenossenschaft im Kanton Bern sucht zwei tüchtige **zweite Verkäuferinnen:** es dürfen auch Schwestern oder Freundinnen sein mit guter genossenschaftlicher Bildung. Vorbildliche Entlöhnung und Arbeitsbedingungen. Offerten mit Bild und Zeugniskopien erbeten unter Chiffre E. B. 296 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Grössere Konsumgenossenschaft sucht eine **Spezialverkäuferin** für die neueingerichtete Haushaltartikelabteilung oder eine Verkäuferin, die an dieser Abteilung Freude zeigt. Guter Lohn zugesichert. Offerten mit Photo und Zeugniskopien erbeten unter Chiffre R. Z. 297 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Bernische Konsumgenossenschaft sucht tüchtige **Filialleiterin** und eine **zweite Verkäuferin** mit guter genossenschaftlicher Bildung. Gute Entlöhnung und vorzügliche Arbeitsbedingungen. — Offerten mit Photo und Zeugniskopien erbeten unter Chiffre V. J. 298 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Gesucht für sofort oder nach Uebereinkunft:

Verkäuferin zur Leitung des Spezialladens für Manufaktur- und Merceriewaren;

Schuhverkäuferin für die Leitung des Spezialladens;

Junge Verkäuferin für Kolonialwaren.

Guter Lohn, Pensionskasse, wöchentlicher Freihalbtag. Offerten mit Beilage von Zeugnisabschriften und Photo nebst Saläransprüchen sind zu richten an den Allg. Konsumverein Uzwil und Umgebung in Uzwil (St. G.).

Grössere Genossenschaft sucht diplomierten oder durch Praxis gut ausgewiesenen initiativen

Chef-Buchhalter

Ausbaufähige Stelle mit Pensionskasse. Offerten erbeten unter Chiffre A. U. 299 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Soziale Arbeit

Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins

Der mit Bildern und Tabellen reich durchsetzte Band vermittelt interessante Einblicke in die Arbeit der bedeutendsten schweizerischen Angestelltenorganisation.

Den Kaufleuten geht es jetzt hauptsächlich um eine gerechte Regelung ihrer Anstellungsbedingungen auf dem Weg über Gesamtarbeitsverträge. Im Berichtsjahre ist es in dieser Beziehung einen schönen Schritt vorwärts gegangen. Der Reallohnverlust der Angestellten beträgt nach amtlichen Erhebungen 10—15%. Eine Untersuchung im Kanton Aargau hat sogar ergeben, dass 17%, also rund ein Sechstel der Befragten überhaupt noch keine Teuerungszulagen erhalten haben.

Der Geschäftsbericht vermittelt eine Uebersicht über die durchgeführten Kurse, Vorträge und Prüfungen. Das «College of the Swiss Mercantile Society» in London hat am 1. Mai des vergangenen Jahres seine Pforten wieder geöffnet, zunächst allerdings nur einer beschränkten Zahl von Schülern, da das bombardierte Unterrichtsgebäude noch nicht völlig wiederhergestellt ist. Die Vortragsveranstaltungen der Kaufmännischen Vereine wurden von 63 000 Personen besucht. Die «Scheinfirmen» des Jugendbundes im SKV haben im Berichtsjahre ihren 20. Geburtstag gefeiert. Diese Institution möchte heute von den Jungkaufleuten, die ihr viele Erfahrungen danken, nicht mehr gemisst werden.

Zum Wohle seiner Mitglieder unterhält der Schweizerische Kaufmännische Verein eine ganze Reihe von *Fürsorge-Institutionen*. Die im letzten Jahre aus seiner Krankenkasse, Alters- und Invalidenkasse, Hilfskasse, Arbeitslosenkasse, Hilfswerk für alte Angestellte usw. erfolgten Auszahlungen machen nicht weniger als Fr. 830 000.— aus.

Was wird aus jenem Teil der Bundesfeierspende 1947, welcher der beruflichen Ertüchtigung der Gebrechlichen dient?

Was man bisher an einzelnen Orten auf diesem Gebiete geleistet hat, kann Hinweis sein für die Verwendung der Gaben, die das Schweizervolk durch Kauf von Marken, Abzeichen und Karte zum 1. August 1947 schenkt. Invalide, sinnesgeschädigte und geistig Gebrechliche..., wie bewähren sie sich in der Arbeit? Viele Beispiele beruflicher Ertüchtigung sind aufgezeichnet in der Zeitschrift «Pro Infirmis» Nr. 1, Juli 1947.

Die Zeitschrift «Pro Infirmis» ist zu beziehen beim Zentralsekretariat Pro Infirmis, Kantonsschulstrasse 1, Zürich 1. Preis pro Heft 70 Rp. plus Porto.

INHALT: *Seite*

Die Lebenshaltung der unselbständig Erwerbenden im Spiegel der Haushaltungsrechnungen 425
Die SGG erhält Besuch 428
Thurgauische Konsumvereine 429
Rücktritt von Johannes Huber aus dem Nationalrat . . 429
Ein Querschnitt durch den ACV 430
Genossenschaften und Wirtschaftsartikel 432
Die zweite Auflage des Internationalen Handwörterbuches im Entstehen 433
Die USEGO distanziert sich von den Juwo-Reisemarken 434
Verschiedene Tagesfragen 434
Kommt die Krise, kommt sie nicht? 434
Grundsätzliches über das Verkaufsgespräch . . . 436
Aktiver Detailhandel 436
Genossenschaft — und doch zweierlei Läden 436
Inventur mit sich selbst machen 437
Telephonitis 437
Und schon wieder die Bodenwichse Co-op an der Spitze 437
Der sechste Freidorfkurs der Genossenschaftsjugend . 438
Kurze Nachrichten 439
Sonderwehrsteuer auf Ausverkaufsrabatte 439
Aus unseren Verbandsvereinen 439
Genossenschaftliches Seminar 440
Arbeitsmarkt 440
Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins 440
Was wird aus jenem Teil der Bundesfeierspende 1947, welcher der beruflichen Ertüchtigung der Gebrechlichen dient? 440